4. Jahrgang. Nr. 34.

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 50 Pf.

...mmunistischen Internationale

# Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 3. 2. Jahrg. | Agrar-Beilage. | 2. Februar 1922

## Der arme Kunrad.

Ich bin der arme Kunrad
und komm von nah und fern,
von Hartemalt, von Hungerrain,
mit Spieß und Morgenstern,
Ich will nicht länger sein der Knecht,
leibeigen, frönig, ohne Recht.
Ein gleich Gesetz, das will ich han,
vom Fürsten bis zum Bauersmann.
Ich bin der arme Kunrad,
Spieß voran,
drauf und dran!

Ich bin der arme Kunrad,
in Aberacht und Bann,
den Bundschuh trag ich auf der Stang,
hab Helm und Harnisch an.
Der Papst und Kaiser hört mich nicht,
ich halt nun selber das Gericht,
es geht an Schloß, Abtei und Stift,
nichts als wie die heilige Schrift.
Ich bin der arme Kunrad,
Spieß voran,
drauf und dran!

Ich bin der arme Kunrad,
trag Pech in meiner Pfann.
Heijoh! Nun gehts mit Sens' und Art
an Pfaff und Edelmann.
Sie schlugen mich mit Prügeln platt,
und machten mich mit Hunger satt,
sie zogen mir die Haut vom Leib
und taten Schand an Kind und Weib.
Ich bin der arme Kunrad.
Spieß voran,
drauf und dran!

Bauernlied 1525.

## Die schmähliche Taktik des Deutschen Landarbeiterverbandes.

A. K. Spricht man von einer freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, so hat man im Unterbewußtsein den Gedanken an eine Organisation zum Kampfe der Arbeiter gegen ihre Unterdrücker. Anders fassen die Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes die Aufgabe der Landarbeiter-Organisation auf. Im Interesse des Burgfriedens mit den Agrarkapitalisten meiden sie nicht nur jeden Kampf, sondern halten die Landarbeiter planmäßig davor zurück.

Unter dem Landproletariat der hauptsächlichsten großagrarischen Gebiete, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein usw., herrscht Kampfstimmung. Sie wollen höhere Löhne. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben ihnen jedoch gezeigt, daß sie nur Erfolg haben können in der Zeit der Aussaat oder der Ernte. Ihre jetzigen Forderungen auf Erhöhung der Löhne sollen bei der Aussaat in diesem Frühjahr durchgedrückt werden. Die Gauleiter des DLV. können unter dem Druck der Landarbeiter nicht umhin, diese Kämpfe vorbereiten zu helfen. Der Vorstand des DLV. hat jedoch bereits Anweisung gegeben, die Kämpfe zu verhindern. In seiner Sprache heißt „hartes Ringen, Kampf um die Existenzbedingungen der Landarbeiterschaft" etwas ganz anderes als Streik, als Klassenkampf. Was er so bezeichnet, sind die Verhandlungen am grünen Tisch mit den Vertretern der Großagrarier.

Ein Meisterstück dieses Kampfes ist in dem Landes-Manteltarif für Bayern geschaffen. Der Landesmanteltarif sieht vor, daß „grundsätzlich die Höchstarbeitszeit gemäß § 3 der „Vorläufigen Landarbeitsordnung" in ganz Bayern als Normalarbeitszeit zu gelten hat". Danach muß vier Monate 8 Stunden, 4 Monate 10 Stunden und 4 Monate 11 Stunden pro Tag gearbeitet werden. Für die 11. Stunde muß bei 11stündiger Arbeitszeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Nicht eingerechnet in die Arbeitszeit werden die Pausen und die „Fütterungszeiten für Arbeitsgespanne". Die Zeitverluste durch weite Wege vom Hof zu den Grundstücken unterliegen besonderen Bestimmungen und werden in den Kreistarifen festgelegt. In dem für Oberbayern festgelegten Kreistarif heißt es darüber z. B.:

„Die normale Arbeitszeit darf durch die Wegezeit nur bis insgesamt 1 Stunde verkürzt werden. Die übrige auf den Weg verwandte Zeit muß als Arbeitszeit nachgeholt werden und wird nach dem gewöhnlichen Tarif vergütet."

Damit fällt in vielen Fällen die Zahlung von Ueberstundenzuschlägen weg, und die Arbeitszeit wird oft nicht unbeträchtlich erhöht.

Die Leistung von Ueberstunden ist unbegrenzt. Es heißt in dem Tarif:

„Wo Ueberstunden durch Naturereignisse und Witterungsverhältnisse wegen Häufung der Erntearbeiten, zur Einbringung der Hackfruchternte, sonst wegen Mangel an Arbeitskräften im Interesse der volkswirtschaftlichen Nutzung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse geboten sind, sind sie unbedingt zu leisten."

Für zwei Drittel des Jahres kann einer der angeführten Gründe mit Leichtigkeit von den Junkern geltend gemacht werden. Aber auch für das letzte Drittel wird die Möglichkeit für Ueberstunden folgendermaßen geschaffen:

„Entstehen wegen Einlegung der Ueberstunden Schwierigkeiten, so entscheiden die Schlichtungsstellen Berufen unverzüglich. Ist im Interesse der Ernährungswirtschaft die Zulegung einer Ueberstunde zur Zeit der auf 8 Stunden verkürzten (!) ländlichen Arbeitszeit unumgänglich, so kann die Landesarbeitergemeinschaft hier durch eine generelle Anweisung an ihre Mitglieder mit sofortiger Wirkung eingreifen."

Nach einer solchen Festlegung ist natürlich von einer Höchstarbeitszeit, wie sie in anderen Gegenden Deutschlands, wenigstens im Tarif, vorgesehen ist, nicht mehr zu reden und wird auch gar nicht erwähnt. Für die Dienstboten ist sogar nur „in den Kreistarifen eine entsprechende Nachtruhe zu vereinbaren". Man beachte, daß in dem am 5. Januar 1921 ebenfalls vom Deutschen Landarbeiter-Verband unterzeichnetem Vertrag für familienfremde Dienstboten in Mittelfranken eine Nachtruhe vom 1. November bis einschließlich 1. Februar von 10 Stunden, vom 1. März bis einschließlich Oktober von 8 Stunden festgelegt war, und, soweit es wirtschaftliche und Naturverhältnisse bedingen, kann in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September die Nachtruhe auf 7 Stunden verringert werden."

Wie hoch die Nachtruhe in den einzelnen, jetzt zum Abschluß kommenden Verträgen festgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Die Ausbeutung der Dienstboten ist durch lediglich Festsetzung der Nachtruhe grenzenlos, zumal da sie mit

---

...ochen!

...Bevölkerung!*

...trischen Kampfes. Der Eisenbahner-
der Eisenbahnbeamten hat den verschärften
rbandes haben zur Verschärfung des
verlangen vom Vorstand des DEV. den
städtischen Betriebe Berlins stehen
ten aller Kategorien kämpfen schon heute
mit verbundene Verelendung des Volkes in

dem Willen der Arbeiter berufen sind, die
hme des Deutschen Beamtenbundes diesem
haben den Abbruch des Eisenbahnerstreiks
fenden Arbeiter aufbietet, erhält durch die
sche Autorität, um die Streikbewegung
preisgegeben.

Ihr Schicksal ruht jetzt in der

Die Arbeiter müssen an ihre Parteien und
n kundzugeben. Der Vorstand des DEV.
eik der Eisenbahner zu proklamieren. Die
bracht werden, damit die Forderungen

der verhafteten Streikführer,
Ziehung der Technischen Nothilfe.
ter Hinzuziehung der Organisationen der

derung des Personalbestandes
nisteriums von reaktionären Beamten.
ahnen sofortige Enteignung der
liche Neuordnung der Eisenbahnbetriebe.

t Arbeiterschaft. Der Kampf kann
das erste Opfer, der durch das Steuerkom-
e Arbeiterschaft. Gelingt es der Bourgeoisie,
der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung herzu-
. Das gesamte Proletariat muß den Kampf
d den Stinnesturs ist, mit allen Mitteln

und Koalitionsrecht. Die Grundlagen der
en, daß sie trotz der Provokationen der Re-
en zu erhalten und ihren Kampfcharakter zu

sie zu bestehen wissen.
der Republik. Die Niederlage der Beamten
die Zerrüttung der Gewerkschaften, ist der

ß diesen Anschlag zunichte machen.

Berlin, 5. Februar.

...bei Deutschlands.
...rnationale.

---

vorgenommen werden. Es muß jedoch mit
ie zu drei Viertel dienstfreien gebliebene Be-
uf gesehen werden, daß die Führer und die
an dem gänzlich unberechtigten Streik nicht
n. Der Minister betonte, daß das Reichs-
der Frage der Maßregelung soweit frei
at, daß er die Frage innerhalb seiner Kompe-
minister regeln kann.

Frage etwaiger Begnadigungen entscheidet
Reichspräsident.

*

...ahme, daß der Streik eher eine Niederlag
bleibt vorläufig bestehen.

Die Arbeiter, die in dem Streik der Eisenbahnbeamten noch nicht zu einer geschlossenen Unterstützungsaktion aufmarschieren konnten, werden in ganz kurzer Zeit selbst vor die Frage einer großen Aktion zur Verbesserung ihrer Lage, zur Durchführung der 10 Punkte des ADGB. gestellt sein.

Die Arbeiter müssen sich klar werden, daß eine zukünftige Aktion nur geschlossen durch Arbeiter und Beamte erfolgreich geführt werden kann. Möge der Eisenbahnerstreik zu dieser Erkenntnis beitragen.

natürlich an eine Massendisziplinierung keineswegs zu denken. Es soll in den einzelnen Direktionsbezirken festgestellt werden, inwieweit die Beamten an dem Streik beteiligt gewesen sind. Es sollen darüber Listen aufgestellt werden. Nach Prüfung dieser Listen wird der Minister entscheiden, ob gegen einen Beamten disziplinarisch vorgegangen werden soll oder nicht. Was die Arbeiter anbetrifft, so werden sie nach den örtlichen Bedürfnissen wieder eingestellt. Bei der Durchführung der Maßregelungen sollen keinerlei Härten eintreten, und insbesondere, wie der Minister wiederholte, sollen keine Massen-

### ...athiestreik der Bergarbeiter?

Die Betriebsräte der Bochumer und Dortmunder Bergwerke haben sich gestern abend für den Sympathiestreik der Bergleute ausgesprochen, über den am Donnerstag eine Revierbetriebsrätekonferenz in Altenessen Beschluß fassen soll. Der Anschlag des Aufrufs der Gewerkschaften in dem die Eisenbahner zur Arbeitsaufnahme aufgefordert werden, wurde in fast allen Revieren des Ruhrbezirks durch die Betriebsräte verhindert. Die Stimmung unter den Bergarbeitern für den Streik ist allgemein.

Rufe, zwischen reich und arm, Gebildete und weniger Gebildete, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, eine Atmosphäre, die auch die persönlichen Beziehungen immer wieder vergiftet.

Ich möchte die Kraft eines Propheten haben und das Ohr jedes bisher noch sozialistischen Arbeiters erreichen, wenn ich sage: „Laßt ab vom Klassenkampfe, hört nicht auf die Verhetzungen gegen andere Stände, laßt Haß und Neid gegen Volksgenossen fahren!" Es würde der Anfang einer neuen Zeit für unser Volk sein, wenn es nicht mehr hieße: Die Proletarier und die Bürger, sondern auf beiden Seiten deutsche Brüder, nicht Klassenkampf und Klassenhaß, sondern Volksgemeinschaft."

Schade, daß sich die Prophetenstimme nicht wendet an die **Ausbeuter** und ihnen sagt: „Laßt ab von der Ausbeutung!" Die Junker und Großgrundbesitzer würden ihn jedoch als einen geistig Verirrten betrachten. Wendet sich der Prophet an die Arbeiter, so nur deshalb, daß sie sich willig scheeren lassen von den „Herren" und denen, die Kastanien im nationalen Brimmel aus dem Feuer holen. Den Anfang einer neuen Zeit für das arbeitende Volk zu schaffen, wo es keine Proletarier und Bürger, wo es keine Armen und Reichen, wo es keine Ausgebeuteten und Ausbeuter mehr gibt, dafür gilt es zu **kämpfen**. Diese Zeit wird nur erreicht durch schärfsten Klassenkampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter.

## Zusammenarbeit zwischen Landbund und Christlichem Landarbeiter-Verband.

Charakteristisch wird die Zusammenarbeit zwischen den Landbundorganisationen und dem Christlichen Zentralverband der Landarbeiter durch eine Notiz im „Bund der Landwirte in Bayern" vom 18. Dezember beleuchtet. Es heißt dort:

„In letzter Zeit versuchen die roten Gesellen auch draußen auf dem Lande unsere Dienstboten unter ihre Fittiche zu bekommen und auf diese Art und Weise einen Keil hineinzutreiben zwischen das bisherige gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In jedem Falle, wo Versammlungen für Dienstboten anberaumt sind, bitten wir an die Geschäftsstelle des Christlichen Landarbeitervereins, der mit uns zusammenarbeitet (Sekretär Böhm, Bogenstr. 33 in Nürnberg) sich zu wenden."

Nach dieser Notiz, wie auch nach seiner Tätigkeit im Reich, ist der Zentralverband der Landarbeiter nichts mehr und nichts weniger als — Geschäftsführer der großagrarischen Arbeitgeber. Die Landarbeiter können daraus ersehen, daß die Köderungsversuche des Christlichen Landarbeiterverbandes im Interesse und im Auftrage des Landbundes erfolgen.

## Konferenz der Landarbeiter.

Am 22. 1. fand für den Kreis Schlochau abermals eine Konferenz der Landarbeiter statt, zu der unser Landsekretär und der Kreisleiter des DLV. eingeladen waren. Erschienen war aber nur unser Landsekretär. Die Landarbeiter nahmen Stellung zu dem von Landarbeitern ausgearbeiteten Tarif. Er fand einstimmige Zustimmung. Die Anwesenden erklärten, daß an der Forderung: 1000 Mark einschließlich Deputat, unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Nicht so einstimmig waren die Landarbeiter beim 2. Punkt der Tagesordnung, bei der Zusammenfassung der Landarbeiter für die Frühjahrskämpfe. Unser Landsekretär hatte neben empfohlen unter anderem den DLV. bzw. dessen Führer auf diesen Tarif festzulegen und ihn durch die Geschlossenheit der Mitglieder zu zwingen, den Kampf für diese berechtigten Forderungen aufzunehmen. Die Landarbeiter erklärten, unser Sekretär müsse den DLV. doch gar nicht kennen. Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß diese Sorte Führer jemals für die Landarbeiter eintreten würde, so wie es notwendig sei. Sie lehnten es ab, auch nur noch einen Pfennig Beitrag für diese Verräter zu zahlen. Es gelang unserem Sekretär, sie nochmals umzustimmen und noch bis zum Frühjahr zu warten. Um aber die Landarbeiter zusammenzufassen, wählten sie einen sechsgliedrigen Ausschuß, der Sorge tragen wird, daß möglichst in jedem Ort ein Ausschuß eingesetzt wird. Diese Ausschüsse werden den DLV. vor die Frage zu stellen haben: Willst du den Kampf gegen die weitere Verelendung der Landarbeiter ernstlich aufnehmen, oder willst du, wie der Landbund, noch länger die Interessen der Agrarier vertreten?

Nun, ihr Führer des DLV., was habt ihr hierzu zu sagen? Lange genug habt ihr die Landarbeiterinteressen mit Füßen getreten. Jetzt heißt es, Farbe bekennen. Wißt ihr, was es heißt, wenn ihr im Frühjahr (und schon jetzt) den obengenannten Kampf nicht führen wollt? Das heißt, daß ihr den DLV. gänzlich zerschlägt, daß ihr also die Gewerkschaftszersplitterung durch eure Kampfunfähigkeit im Großen betreibt. Dann kämpft ihr nicht im obigen Sinne, dann können wir mit Engelszungen reden, wir werden kein Landarbeiter auffordern können, bleibt drin im Verband. Sie würden schließlich auch noch das Vertrauen zu den Kommunisten verlieren. Dieses Bild, das die Schlochauer Konferenz zeigte, zeigte sich überall. Wir rufen der Verbandsbürokratie des DLV. zum letztenmal zu: Kampf oder Untergang. Also wählt!!!

Diesem Kampf könnt ihr aber nicht ausweichen durch nachfolgenden Brief:

Werter Kollege!

Betreffs der Konferenz am 22. muß ich Dir mitteilen, daß ich nicht gesonnen bin, an derselben teilzunehmen, wenn

---

und die Bewillkommnung selbst klang bei der jetzigen schweren Lage und Stimmung wirklich ungewohnt. Alles war in ureigen bäuerlicher Weise vor sich gegangen: urgewaltig und farbenglühend.

Nun begann die Debatte. Einer nach dem anderen heißen die Bauern die Festsetzung der Arbeits- und Fuhrenpflicht gut.

„Ja kann denn überhaupt jemand etwas gegen diese Leistungen einwenden! So wie sie bemessen sind! Mit einem Wort — ein Segen!"

Der Gedankengang des Bauern ist aber schwerfällig. Zuerst lobt der Redner das Dekret wie er es nur kann, dann aber bringt er vor, wie es bei ihm im Dorfe oder im Amtsbezirke steht. Schließlich erläutert er:

„Aber gehört sich denn das, man führt ins Kreisamt für Verpflegung eine Kuh als Steuer ab, dort wird sie aber nicht angenommen; sie ist nicht fett, sagt man! Das gehört sich doch nicht! Du führst die Steuer ab, man nimmt dir's aber nicht ab."

Aber inmitten dieser tastenden Gedanken, unklaren Ausdrücke bahnt sich die Wahrheit den Weg.

„Ja, der Amtsschimmel," — klagt ein Delegierter seufzend und läßt den Kopf hängen.

„Und wo bekommen wir Ersatz für die Pferde, die bei der Arbeitsmobilisierung gefallen sind?" — erkundigt sich ein anderer über diesen Gegenstand, der den Bauernmassen viel Aufregung macht.

Am meisten wird über die Eisenbahnkomitees für Brennholzbeschaffung losgezogen. Offenbar sind sie es, für die die Bauern mit Fuhren herhalten müssen.

„Die Eisenbahnkomitees machen unseren Staat zuschanden," erläutert in Kirchensprache ein würdiger, nachdenklich blickender Bauerngreis, der offenbar glaubt, daß man seine Entrüstung über diese Komitees am kräftigsten in Kirchensprache ausdrücken kann.

Lenin macht eifrig Notizen, vermerkt alle tatsächlichen Angaben und fragt von Zeit zu Zeit:

„Wie heißt der Kreis, wo es geschehen ist? An wen wurde das Telegramm mit der Beschwerde geschickt?"

mit welcher Aufmerksamkeit „Iljitsch" auf ihre Angelegenheiten

Die Bauern geraten immer mehr in Eifer, wie sie sehen,

eingeht. Sie erklären ohne weiteres, jede Tagesordnung umgehend:

„Wir sind hergekommen, um Genossen Lenin zu sehen! Wir wollen mit ihm vom Boden sprechen! . . ."

„Vom Boden, vom Boden!" erschallen Rufe.

Und alle anderen Fragen werden beiseite geschoben, machen Platz einer Beratung und Erörterung über die den Bauern liebtraute Scholle, über Ackerparzellen, Pacht, Gehöfte, Wucherbauern, Bodennutznießung, Kollektivwirtschaft, Ackerbestellung, dann wiederum über Wald, Holzfällung, Wirtschaft, Frühjahrs- und Herbstaussaat und über alles, worüber der Bauer sein ganzes Leben lang denkt und bereit ist, ohne Ende zu reden.

„Es ist schon spät" — bemerkt Kalinin. „Wie lange werden wir denn hier sitzen bleiben?"

„Meinetwegen die ganze Nacht! Meinetwegen bis zum Morgen!" erwiderte man ihm von den Sitzen.

Und wiederum führen die Menschen der Scholle und des Waldes ihre endlosen Gespräche über Flur und Wald.

Endlich wird Schluß der Debatte gemacht. Einige werden mit echtbäuerischer Hartköpfigkeit aufsässig, warum ihnen nicht Gelegenheit geboten wird, alles, was sie auf dem Herzen haben, vorzubringen. Wird man mit Genossen Lenin sich wohl nochmals unterreden können.

Petrutschin, parteiloses Mitglied des Allrussischen Vollzugsausschusses, hält die Schlußrede. Er spricht gewandt, ruhig und klar, gar nicht so, wie er voriges Jahr sprach. In dem einen Jahre seiner neuen Betätigung ist er bis zur Unkenntlichkeit vorgeschritten und hat sich zu einem nicht üblen Redner ausgebildet.

Man hört ihm aber nicht zu. Die Versammlung hat bemerkt, daß „Iljitsch" seine Mütze aufgesetzt hat und unbemerkt dem Ausgange zustreben will.

Hurra! donnert es wieder, und die Bauern bereiten dem etwas verlegenen Iljitsch eine Ovation, der seine Mütze lüftet und mit einer verlegen ungelenken Verbeugung rasch in der Tür verschwindet.

Dichtgedrängt umstellen die Kongreßdelegierten Kalinin, den allrussischen „Starosten", und überschütten ihn mit einem Hagel von Fragen.

4. Jahrgang. Nr. 34.

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 50 Pf.

...der Kommunistischen Internationale

...tse: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren ... auswärts 1,50 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, ..., Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,50 Mk. ...e Millimeterzeile, 8gespalten, oder deren Raum im Text 3,50 Mk.

## ...ochen!

## ...Bevölkerung!*

...arischen Kampfes. Der Eisenbahner-
... der Eisenbahnbeamten hat den verschärften
...erbandes haben zur Verschärfung des
...s verlangen vom Vorstand des DEV. den
... städtischen Betriebe Berlins stehen
...mten aller Kategorien kämpfen schon heute
...mit verbundene Verelendung des Volkes in

... dem Willen der Arbeiter berufen sind, die
...ihme des Deutschen Beamtenbundes diesem
... haben den Abbruch des Eisenbahnerstreiks
...pfenden Arbeiter ausbietet, erhält durch die
...ische Autorität, um die Streikbewegung
... preisgegeben.
... Ihr Schicksal ruht jetzt in der

Die Arbeiter müssen an ihre Parteien und
...n kundzugeben. Der Vorstand des DEV.
...reik der Eisenbahner zu proklamieren. Die
...bracht werden, damit die Forderungen

... der verhafteten Streikführer,
...cziehung der Technischen Nothilfe,
...iter Hinzuziehung der Organisationen der

...derung des Personalbestandes
...inisteriums von reaktionären Beamten.
...bahnen sofortige Enteignung der
...liche Neuordnung der Eisenbahnbetriebe,

...n Arbeiterschaft. Der Kampf kann
... das erste Opfer, der durch das Steuerkom-
...e Arbeiterschaft. Gelingt es der Bourgeoisie,
... der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung herzu-
... Das gesamte Proletariat muß den Kampf
...d den Stinneskurs ist, mit allen Mitteln

... und Koalitionsrecht. Die Grundlagen der
...en, daß sie trotz der Provokationen der Re-
...en zu erhalten und ihren Kampfcharakter zu

... sie zu bestehen wissen.
... der Republik. Die Niederlage der Beamten
... die Zerrüttung der Gewerkschaften, ist der

...ß diesen Anschlag zunichte machen.

Berlin, 5. Februar.

...tei Deutschlands.
...rnationale.

... vorgenommen werden. Es muß jedoch mit
...ie zu drei Viertel dienstfrei gebliebene Be-
...uf gesehen werden, daß die Führer und die
... an dem gänzlich unberechtigten Streik nicht
...n. Der Minister betonte, daß das Reichs-
... der Frage der Maßregelung soweit frei
...at, daß er die Frage innerhalb seiner Kompe-
...minister regeln kann.

... Frage etwaiger Begnadigungen entscheidet
... Reichspräsident.

*

...nahme, daß der Streik eher eine Niederlage
... bleibt vorläufig bestehen.

### ...thiestreik der Bergarbeiter?

— Die Arbeiter, die in dem Streik der Eisenbahnbeamten noch nicht zu einer geschlossenen Unterstützungsaktion aufmarschieren konnten, werden in ganz kurzer Zeit selbst vor die Frage einer großen Aktion zur Verbesserung ihrer Lage, zur Durchführung der 10 Punkte des ADGB. gestellt sein.

Die Arbeiter müssen sich klar werden, daß eine zukünftige Aktion nur geschlossen durch Arbeiter und Beamte erfolgreich geführt werden kann. Möge der Eisenbahnerstreik zu dieser Erkenntnis beitragen.

natürlich an eine Massendisziplinierung keineswegs zu denken. Es soll in den einzelnen Direktionsbezirken festgestellt werden, inwieweit die Beamten an dem Streik beteiligt gewesen sind. Es sollen darüber Listen aufgestellt werden. Nach Prüfung dieser Listen wird der Minister entscheiden, ob gegen einen Beamten disziplinarisch vorgegangen werden soll oder nicht. Was die Arbeiter anbetrifft, so werden sie nach den betrieblichen Bedürfnissen wieder eingestellt. Bei der Durchführung der Maßregelungen sollen keinerlei Härten eintreten, und insbesondere, wie der Minister wiederholte, sollen keine Massen-

Die Betriebsräte der Bochumer und Dortmunder Bergwerke haben sich gestern abend für den Sympathiestreik der Bergleute ausgesprochen, über den am Donnerstag eine Revierbetriebsrätenversammlung in Altenessen Beschluß fassen soll. Der Anschlag des Aufrufs der Gewerkschaften in dem die Eisenbahner zur Arbeitsaufnahme aufgefordert werden, wurde in fast allen Revieren des Ruhrbezirks durch die Betriebsräte verhindert. Die Stimmung unter den Bergarbeitern für den Streik ist allgemein.

Wochen- oder Jahreslöhnen bezahlt werden und im neuen Landesmanteltarif ausdrücklich betont wird:

„Bei den Dienstboten werden Ueberstunden nicht eigens vergütet. Für die übrige Landarbeiterschaft werden für Ueberstunden 50 Prozent Zuschlag, für Ueberarbeit an Sonn- und Feiertagen 100 Prozent Zuschlag bezahlt."

Bezüglich der Akkordarbeit wurde im Landesmanteltarif vereinbart:

„Der Akkordarbeit darf in den Kreistarifen kein Hindernis bereitet werden. Der Akkord unterliegt der freien Vereinbarung. Der Arbeitnehmer darf sich nicht schlechter stellen (!) als im Zeitlohnvertrag."

Der Vertrag läßt dem Unternehmertum zur Ausbeutung der Landarbeiterschaft in allen Punkten, abgesehen davon, daß die Betriebsräte, bzw. Betriebsobmänner mit entscheiden dürfen, welcher Arbeiter vollwertig ist oder nicht, freie Hand. Noch mehr! Der Deutsche Landarbeiter-Verband verpflichtet sich sogar, gegen diesen Schandvertrag, der bis 1. Februar 1924 Gültigkeit hat, nicht zu verstoßen. Es heißt dort:

„Die Vertragsparteien verpflichten sich, nichts zu unternehmen, was dem Inhalt der Tarifverträge und den schriftlich niedergelegten Vereinbarungen zuwiderläuft."

Die gewerkschaftliche Macht ist damit lahmgelegt. Der DLV. hat lediglich das Recht, „bei wesentlicher Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Landesarbeitergemeinschaft eine Nachprüfung der Lohnvereinbarungen (diese werden je nach Kreisen vorgenommen, wie auch die Gewährung von Urlaub. D. Red.) zu beantragen". Selbst bei den in den Kreistarifen festzulegenden Punkten ist der Anlegung gewerkschaftlicher Kampfmittel im Landestarif ziemlich vorgebeugt.

„Bei Tarifstreitigkeiten sind zunächst die tariflich zuständigen Schlichtungsstellen, und dann gegebenenfalls die behördlich zuständigen Schlichtungsstellen anzurufen. Wirtschaftliche Kampfmittel haben bis zur Erledigung vor den Schlichtungsstellen zu unterbleiben."

Durch Unterschreiben dieses Vertrages hat die Bürokratie des DLV. der bayrischen Landarbeiterschaft die Hände gebunden. Nicht nur das gesamte Landproletariat muß sich gegen diese Verschacherung, gegen die Preisgebung der elementarsten Interessen des kämpfenden Proletariats wehren, sondern es ist Pflicht des Industrieproletariats, Rechenschaft von dem ADGB., dem der DLV. angeschlossen ist, zu fordern. Es muß endlich gebrochen werden mit der im DLV. befolgten Taktik, nach der die Landarbeiterschaft kurzerhand von der Bürokratie vor fertige Tatsachen gestellt wird. Es darf kein Tarif mehr unterzeichnet werden, ehe nicht die Genehmigung der Landarbeiterkonferenz dazu vorliegt.

Die kommenden Kämpfe des Landproletariats müssen die volle Unterstützung der Industrie-Arbeiterschaft finden. Diese Notwendigkeit ergibt sich, wenn das Proletariat die Ernährungsverhältnisse in seinem Interesse gestalten will, wenn das Proletariat der ungeheuren Brotteuerung, den hohen Preisen für alle Agrarprodukte wirksam entgegentreten will. Nur mit Unterstützung durch das Industrieproletariat wird die Landarbeiterschaft eintreten für die Kontrolle über die Agrarproduktion und damit für die Regelung der Agrarproduktenpreise im Sinne des Proletariats, gegen das großagrarische Profitstreben.

## Für die Junker oder für die Interessen des Landproletariats.

Die Willkür der schlesischen Junker und Großgrundbesitzer hat eine tiefe Gährung unter den Landarbeitern hervorgerufen. Ist es nun verwunderlich, wenn die junkerfreundlichen Zeitungen den Landarbeitern „Volksgemeinschaft" predigen? Ihnen sagen: Ihr seid ein einig Volk von Brüdern! Laßt ab vom Kampf! Ist es verwunderlich, daß solche Prediger mit dem Titel „Professor" geschmückt sind? O nein! Diese Sorte von Menschen ist uns aus der Kriegszeit nur allzu bekannt. Sie haben damals schon „bewiesen", daß Hungerkuren dem Arbeiter gesundheitlich von Vorteil sind, weil er vor dem Kriege zu viel Fett angesetzt habe. Wie damals das Essen schädlich war für den Arbeiter, so ist heute für ihn schädlich, wenn er für seine Interessen kämpft. Lassen wir einen Professor reden. Jordan ist sein Name, er schreibt in der „Schlesischen Tagespost" vor einiger Zeit:

„Die noch vorhandene Kraft des Widerstandes und des Zornes richtet sich zum guten Teile nicht gegen die Brutalität unserer Feinde, sondern in der Form des Hasses und Neides gegen die eigenen Volksgenossen. In einer Zeit, die mehr als je erforderte, daß unser Volk als eine geschlossene Einheit seine ganze Kraft auf die Erringung der nationalen Freiheit richtete, legte sich eine Atmosphäre des Hasses und Neides zwischen die verschiedenen Stände, Klassen und Be-

## Bilder vom Allrussischen Sowjetkongreß.

### „Nach drei Zaren."

Der Schriftsteller A. Sergejew schreibt in der „Prawda": Unter den Erscheinungen beim Kongreß gab es solche, die sich als leuchtende symbolische Bilder der Arbeiter- und Bauernrevolution dem Gedächtnis einprägen. Das gilt unter anderem von gewissen Reden, die aus schlechtem Munde kamen. Ihr bloßes Erscheinen auf der Tribüne löste eine solche Begeisterung aus, daß die Wände des Großen Theaters vom Beifallklatschen und von den Zurufen erzittern.

Da erscheint auf der Rampe ein Greis im Schafpelzrock, der parteilose Bauer Tschulkow, der ins Präsidium des Kongresses gewählt worden ist. Die Gestalt des Alten ist ein wenig gebückt, zeigt jenes typische, jahrhundertlange Gebücktsein der Bauernschaft, das unsere Bauerngreise wie ein Merkmal der Unterdrückung tragen. Tschulkow spricht mit zitternder, manchmal abbrechender Stimme, die das Alter und die ihm offenbar würgende „knochige Hand des Hungers" dämpft. Was sagt er denn?

„Ich habe drei Zaren gesehen und überlebt: den Zaren „Befreier", den Zaren „Friedensstifter" und den Zaren „Branntweinhändler! . . ."

Ein Beifallssturm folgt diesen Worten.

„Ihr fragt euch, warum ich so respektlos von den Zaren spreche? Wie denn anders? Unter allen drei Zaren saß ich zu Hause hinter dem Ofen, jetzt aber hat man mich hervorgezogen und auf einen andren Platz gestellt: sehet ihr, wohin? Da, hieher! . . ."

Mit einer gravitätischen Geste des Alters weist der Greis auf den Saal, der in Licht, Purpur und Gold erstrahlt, auf die riesige Masse der Delegierten, auf das Präsidium, die Wände und die mit den allegorischen Figuren bemalte Decke. Unter stürmischen Ovationen fährt er fort, mit derselben stockenden Stimme zu sprechen.

„Ja . . . und so kam es, daß wir ein neues Leben aufbauen . . . alles! . . ."

Die „knochige Hand des Hungers" unterbricht seine fließende Rede über den Traum der Bauern „vom goldenen Hafer", über die Befriedigung, die ihm in seinem Alter die neuen Sowjetgesetze über die Naturalsteuer, über die Bodennutznießung und anderes gewähren. Er bleibt wieder stecken, dann aber faßt er sich und wiederholt kaum hörbar:

„Und so kam es, daß wir ein neues Leben aufbauen . . . alles! . . ."

Im Swerdlowsaale des Kreml halten die parteilosen Kongreßmitglieder Fraktionsberatung ab. Umgeben von schlankaufstrebenden Säulen in klassischem Stil, die gleichsam in einem im Oval geführten Reigen dastehen und mit purpurroten Geweben umwunden sind, auf denen internationale Losungen in allen möglichen Sprachen stehen, sitzen hier bärtige, schopfige Delegierte in Kitteln, Röcken und Mänteln aus Schafpelz. Auf der Estrade (einem erhöhten Platz auf der Rednerbühne bzw. dem Podium) die kräftige Gestalt Kalinins in ähnlichem Aufzug. Der Vertreter des Volkskommissariats für Arbeit hält eben seinen Bericht zur Frage der Arbeits- und Vorspannpflicht der Landbevölkerung. Die Delegierten sind ganz Aufmerksamkeit und hören die Erklärungen zum diesbezüglichen Gesetzentwurf gespannt an. Unbeweglich, wie ein Standbild, sitzt ein Delegierter aus dem fernsten Sibirien, mit einem ausgeprägt mongolischen Gesicht. Ein Kubankosake in rotem Baschlyk und Lammfellmütze hat in großartiger Pose beim Präsidium Platz genommen und dreht gedankenvoll an seinem mächtigen Schnurrbart.

Plötzlich entsteht allgemeine Bewegung und alle Köpfe drehen sich mit einem Ruck nach dem Eingang zu. In der Tür ist Lenin erschienen und sucht hastig seinen Weg zur Estrade.

„Iljitsch!*) Iljitsch! Lenin" — ein Raunen geht durch die Reihen der Bauern.

Hurra! — ruft einer der Delegierten, in das alle Versammelten einfallen:

Hurra! Hurra!

Im einem Nu fliegen die Mützen von den Köpfen, die Bauern stehen auf, klatschen Beifall und bewillkommnen Lenin so lange mit Hurrarufen, bis er im Präsidium seinen Platz eingenommen hat. Das geschah alles ganz unerwartet, plötzlich

*) Der Vatername Lenins. Der Gebrauch des Vaternamens drückt Achtung und Anhänglichkeit aus

russischen Gewerkschaften nicht möglich. Wir würden aber eine baldige Zusammenarbeit sehr wünschen. — Hierauf wurde der Bericht des Sekretariats einstimmig zur Kenntnis genommen.

*

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes nahm in seiner Sitzung auf Antrag des internationalen Sekretärs Dig folgende Resolution an:

„Das Zentralkomitee nimmt mit tiefer Ergriffenheit von der wirtschaftlichen Notlage, in der sich Wien und Oesterreich befinden, Kenntnis. Die Bevölkerung des österreichischen Landes wird von einem Zusammenbruch bedroht. Das Zentralkomitee wendet sich an die Regierungen der alliierten Länder mit dem Ersuchen, die so lange schon in Aussicht gestellten und längst fälligen Kredite sofort flüssig zu machen."

Der englische Delegierte Brownlie erklärte [illegible] Henderson ein Telegramm in diesem Sinne zu schi[illegible]

Hierauf wurde die Beratung über die Sekri[illegible] fortgesetzt. Hansen (Dänemark) führte aus, daß [illegible] Landeszentrale in Dänemark angeschlossenen Arbeite[illegible] Entlassung bedroht sind. Die Unternehmer ford[illegible] Februar eine Lohnreduzierung um 15 Prozent und [illegible] Herabsetzung der Indexziffer, was insgesamt einer [illegible] um 30 Prozent gleichkommen würde. Der schwedi[illegible] Johannsson führte aus, daß die schwedischen Un[illegible] Löhne um 45 Prozent reduzieren wollen. In [illegible] 150 000 Arbeiter arbeitslos. 25 Prozent der übrige[illegible] verkürzter Arbeitszeit. In kurzer Zeit muß es in [illegible] seinem erbitterten Kampf zwischen Unternehmern [illegible] kommen.

Schorsch (Wien) setzte auseinander, daß die Produktion nicht ausreiche, um die Bevölkerung [illegible] ernähren. Seit dem November ist die Index-Ziffe[illegible] 387 gestiegen. Die Unternehmer verlangen eine L[illegible] um 20 bis 30 Prozent und kämpfen gegen den Achtst[illegible] das Arbeiterurlaubsgesetz. In einigen Monaten m[illegible] eintreten, daß die österreichischen Arbeiter weder zu [illegible] zu essen haben.

In der Montagssitzung wurde eine Entschl[illegible] nommen in der den Kämpfenden Arbeitern Dä[illegible] Sympathie ausgesprochen wird und die angeschlo[illegible] sationen aufgefordert werden, die dänischen Arbe[illegible] Kampfe moralisch und finanziell zu unterstützen. [illegible] eine Entschließung angenommen, in der zum Ausd[illegible] wird, daß die dem Internationalen Metallarbei[illegible] schlossenen Organisationen an der Amsterdamer [illegible] Internationale festhalten.

### Bauarbeiterversammlung in Wald[illegible]

Am Sonntag, den 5. Februar, fand in der St[illegible] Waldenburg die diesjährige Generalversammlung [illegible] Punkt der Tagesordnung gab Kollege Scholz den [illegible] Kassenbericht. Der zweite Punkt der Tagesordnu[illegible] Unserer Zeit in Anspruch. Kollege Scholz wurde [illegible] Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Zum erste[illegible] wurde Kollege Fritz Frank (K. P. D.), als zweite [illegible] Kollege Barzik (K. P. D.) gewählt. Bei den Wah[illegible] gleichen zur Bezirkskonferenz in Breslau setzte eine [illegible] ein, da unter anderem auch der Punkt „Sozialisie[illegible] gewerbe" auf der Tagesordnung der Bezirkskonfer[illegible] die Zeit schon ziemlich vorgeschritten war, wurde d[illegible] eine der nächsten Versammlungen verschoben. Die [illegible] Kollegen sind jedenfalls nicht gewillt, 50 Pfg. von [illegible] Lesebeitrag für die Sozialisierung zu opfern. E[illegible] Kollegen von Waldenburg, und je einer aus d[illegible] Gottesberg, Friedland und Wüstegiersdorf als S[illegible] Vertreter gewählt. Zum Verbandstage hat Wall[illegible] Stadtbaten aufgestellt, während einer Gottesber[illegible] wurde. Unter Punkt Anträge lag ein Antrag des [illegible] Kreises den Ortsarbeitsausschuß betreffend vor. Die Ortsmarke [illegible] Jahre soll beibehalten, die Unterstützungen aber [illegible] Bis jetzt die Unterstützung 50 Mark beträgt, wird [illegible] 150 Mark betragen. Weiter wurde die Frage des [illegible] hauses aufgerollt. Der Bau eines Gewerkschaftshau[illegible] burg ist in weite Ferne gerückt. Der Vorstand [illegible] beschlossen, für sich selbst Bürotäume zu bauen [illegible] Grunde zieht er das gesammelte Geld von den Ge[illegible] starken zurück und verwendet es zum Bau eines B[illegible]

In diesem Verbandshause sollen auch die Bau[illegible] räume erhalten. Aus diesem Grunde wird auch be[illegible] verband das Geld, was die Bauarbeiter in ihre[illegible] gebracht haben, für sich in Anspruch nehmen und s[illegible] räume verwenden. Außerdem ist beschlossen word[illegible] einzelne Kollege die 20 Mark für den Baufond [illegible] haben hat.

# Aus der Partei.

### Wieder ein neuer Streiter.

Am 1. Februar erschien unter dem Titel [illegible] Arbeiter-Zeitung" ein neues Organ der KPD [illegible] Verbreitungsgebiet erstreckt sich über Dortmund, Bo[illegible] bis Bielefeld.

Dutzende Versuche unserer dortigen Genossen, eine eigene Zeitung herauszubringen, sind gescheitert, nun endlich ist es ihnen gelungen. Wir glauben bestimmt, daß die kommunistische Bewegung, besonders in den Kreisen Bochum und Dortmund, nunmehr in schnellem Tempo wächst, fehlte ihnen doch nur ein Organ, welches Tag für Tag ihre Interessen vertreten konnte.

Wir begrüßen den neuen Streiter für den Kommunismus und sprechen die Hoffnung aus, daß dieser Erfolg allen Genossen ein Ansporn sein wird.

### Kommunistische Jugend.

Zu der am 12. Februar 1922 in Breslau stattfindenden Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend werden einige Quartiere für die Nacht von Sonnabend bis Sonntag gesucht. Genossen, welche für diese Nacht Jugendgenossen aufnehmen können, bitten wir, dies sofort im Jugendbüro Nikolaistr. 49/50 zu melden. Sprechstunden täglich von 4 bis 7 Uhr nachmittags.

Komm. Jugend, Ortsgruppe Breslau.

### Schulärztliche Untersuchungen.

Vom Magistrat wird uns mitgeteilt:

Verschiedene Elternbeiräte haben den Wunsch ausgedrückt, den schulärztlichen Untersuchungen beiwohnen zu dürfen. Die Schul[illegible]

### Die Internationale.

auch ausdrücklich es in der Einladung heißt, auf Wunsch der Landarbeiter. Wenn die Kollegen Konferenzen besuchen wollen, ist denselben am 15. 1. 1922 ja die Gelegenheit gegeben gewesen. Wie mir scheint, benützt ihr die Kollegen des DVV., um Unterschlagungen zu machen, was bei dem Kollegen Loosen jetzt entdeckt wurde, der über 1000 M. Gelder dem DVV. verbracht hat. Es ist dies seit ganz kurzer Zeit der dritte Fall und kann nicht verstehen, daß das Ideal des Kommunismus sein soll.

Ich muß mich mit Ekel von solchen Leuten abwenden, für die man seine ganze Kraft eingesetzt hat und die denken, das, was wir mühsam aufgebaut haben, zertrümmern zu wollen. Wenn ich als Aushängeschild für eine nutzlose Sache benutzt werden soll, sind diejenigen, die es glauben, schwer im Irrtum. Jedenfalls werde ich meine ganze Kraft einsetzen und in Zukunft solchen Kreaturen das Handwerk legen. Ich wünsche Dir zu solchen Mitgliedern viel Glück, die es fertig bringen, Arbeitergroschen zu vergeuden und dieselben verraten.

Mit bestem Gruß
Ph. Schnur.

Als dies Schreiben in der Konferenz verlesen wurde, bemächtigte sich der Landarbeiter eine starke Bewegung. Sie alle wissen, welch schweren Kampf der Gen. Warmann für die Landarbeiter geführt hat und und wie schwer er dafür büßen muß. Seit April gemaßregelt mit 5 Kindern etwas über 500 M. Unterstützung bezogen in dieser ganzen Zeit. Für den Verband einen Bezirk bearbeitete und kassiert von 5 Stunden im Umkreis ohne jegliche Entschädigung. Und nun sagt Gen. Warmann: Jetzt bezahlt mich erst mal. Dann bekommt ihr die 1000 M., die zur Verfügung liegen. Alle anwesenden Landarbeiter wissen diesen Vorgang. Ein Teil der Landarbeiter hat sich von dem Vorhandensein dieser 1000 M. überzeugt. Aber dem Kreisleiter paßte das nicht in den Kram. Er braucht ein Mittel, um die Landarbeiter vor den Kommunisten graulich zu machen. Diese schmierigen Mittel aber verfangen nicht, Freund Schnur. Die Landarbeiter haben dich und deinesgleichen erkannt. Er spricht im obigen Brief von 3 Fällen. Einer ist uns nicht bekannt. Und der andere Fall betrifft den Landwirt Bließ im Kreise Rummelsburg. Wir ersuchen denselben, sich zu dieser Beschuldigung zu äußern.

### Laßt sie zappeln.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In einer Sitzung des Landbundes Kreis Rummelsburg (Vorsitzender Rittergutsbesitzer Meißner auf Zucken) wurde unter anderem auch die Steuerfrage der Landarbeiter angeschnitten. Das Finanzamt hat für das Jahr 1920 fast das Doppelte des im Landbundtarif festgelegten Lohnes als Steuergrundlage ausgestellt und demgemäß große Nachzahlungen gefordert. Der Rittergutsbesitzer Becker äußerte sich in folgendem Sinne dazu: „Die Leute zappeln lassen, damit sie erkennen, daß nicht die Arbeitgeber, sondern die Regierung sie am Arsche schröpft. Diese Erkenntnis durch zahlreiche Reden an die Leute fördern. Dann soll der Landbund die Steuerforderung angreifen und deren Erlaß bewirken, so daß die Leute (die Arbeiter) sehen, bei wem sie besser fahren.

Diese Taktik wurde in einem entsprechenden Antrag angenommen.

Sollte etwa das Finanzamt mit den landbündlerischen Großagrariern unter einer Decke stecken, um letzteren Agitationsstoff zu geben? Auf Grund der Tarife dürfte es dem Finanzamt ein leichtes sein, derartige Mißgriffe zu vermeiden. Dem Zappeinlassen aus Agitationsgründen der Junker würden die Landarbeiter am besten damit antworten, daß sie zu gegebener Zeit die Herrschaften auch zappeln lassen.

### Landbund und Lieferstreik.

Bekanntlich hat im vorigen Sommer der brandenburgische Landbund einen bis ins detail ausgearbeiteten Aktionsplan zum Lieferstreik der Landwirtschaft aufgestellt. Die einmütige Empörung darüber in allen arbeitenden Schichten, besonders auch beim Bauernvolk, veranlaßten ihn, von der Durchführung abzustehen. Dazu kam, daß die Regierung ohnedies den großagrarischen Sündern in weitherziger Weise entgegenkam, ihnen die Zuckerrübenbrennereien, ein besonderes Verdienst des Unterernährungsministers Hermes, sicherte.

Die großagrarischen Landbündler haben jedoch noch weit mehr Wünsche. Der Gedanke an den Lieferstreik ist deshalb noch keineswegs aufgegeben. Periodisch erinnert der Brandenburgische Landbund seine Anhänger, um das Eisen stets warm zu halten, an dieses probate Mittel.

[illegible] Zentralorgan wird über einen zweiten Lieferstreik der deutschen Landbündler in der Tschechoslowakei berichtet. Die tschechische Regierung hat den Forderungen der Landbündler nach Zuckerfreiheit, nach freier Wirtschaft nachgegeben. Sollte die Regierung ihre Zusagen nicht einhalten, dann sind die Landbündler „bereit und entschlossen, die Kampfhandlungen neuerlich aber in verschärfter Form zu beginnen."

Der Brandenburgische Landbund fügt folgenden Kommentar hinzu:

„Wir unterlassen es, eine Parallele zu alledem zu ziehen, was auch aus Landwirtskreisen gegen den Brandenburgischen Landbund lamentiert wurde, als er im vorigen Sommer die Vorbereitung eines solchen Lieferstreiks für notwendig erklärte. Das deutsche Landvolk der Tschechoslowakei hat bereits gelernt, was Einigkeit bedeutet und welche Mittel heute allein zum Ziele führen."

Das arbeitende Volk muß die Machenschaften der Landbündler wohl im Auge behalten, die Ausführung der Lieferstreikpläne dieser Herrschaften mit dem Kampf um deren Enteignung, „als Mittel, das allein zum Ziele führt", beantworten.

### Durchschnittliche Landarbeiterlöhne in Deutschland.

Die nachstehende Tabelle gibt ein ungefähres Bild über die schlechten Lohnverhältnisse der Landarbeiter. Es muß dabei betont werden, daß diese tariflich festgelegten Löhne, unter Einrechnung der Deputate, in den meisten Fällen nicht gezahlt werden. Im Lichte der ganzen Wirklichkeit besehen sind die Lohnverhältnisse noch weit schlechter als wie sie aus dem Tarifvertrag zu ersehen sind. Z. B. werden in Pommern (Kreis Kolberg) trotz Tarifbeschluß Löhne von 10, 15 und 20 Mark pro Tag bezahlt. Nur in einzelnen Fällen werden 1 Pfund Roggen pro Tag oder einige Meter Holz im Jahr hinzugegeben. Die Landarbeiter sind meistens ganz der Willkür der Junker und Großgrundbesitzer preisgegeben, eine Tatsache, die auf das Konto des Deutschen Landarbeiterverbandes zu setzen ist.

Tariflich sind durchschnittlich folgende Hungerlöhne festgesetzt:

| Bezirk: | Kreise, bez. Tarifgebiet: | Arbeitszeit: | Stund.-Lohn | Jahresverdienst: |
|---|---|---|---|---|
| Ostpreußen: | Zone I, Kr. Elbing Werder | 2790 | 2,21 | 6 169,20 |
| " | " II, Kr. Lötzen | 2790 | 1,79 | 4 985,40 |
| " | " III, Kr. Labiau | 2790 | 2,03 | 5 652,70 |
| Danzig: | Zone Danziger Höhe | 2900 | 2,04 | 5 929,— |
| Pommern: | Kr. Deutsch Krone | 2600 | 4,16 | 11 642,— |
| Mecklenburg: | Landestarif | 2763 | 2,57 | 7 107,30 |
| Schleswig-Holstein: | Kr. Lauenburg | 2725 | 2,69 | 7 325,— |
| Schlesien: | Kr. Schönau | 2880 | 2,70 | 7 708,— |
| " | " Rothenburg o. L. | 2850 | 2,52 | 7 180,— |
| " | " Lauban | 2850 | 2,60 | 7 406,— |
| Brandenburg: | Kr. Teltow | 2700 | 2,35 | 6 345,— |
| " | " Ruppin | 2700 | 2,23 | 6 021,— |
| Provinz Sachsen | Kr. Eckartsbg., Zone II | 2750 | 2,72 | 7 485,— |
| " | " Hörde, Zone I *) | 2675 | 3,72 | 9 945,— |
| " | " Wernigerode *) | 2612 | 3,98 | 10 387,— |
| Thüringen: | Sachs. Altenbg. (West) | 2800 | 2,27 | 6 431,— |
| Freistaat Sachsen: | Kr. II: Leipzig | 2700 | 3,57 | 9 635,60 |
| Hannover: | Kr. Hannover | 2800 | 3,— | 8 411,— |
| " | " Hildesheim | 2612 | 3,15 | 8 226,— |
| " | " Uslar | 2687 | 2,64 | 7 101,— |
| Hessen-Nassau: | Lohngruppe I | 2800 | 2,87 | 8 042,50 |
| " | " II | 2800 | 2,77 | 7 762,50 |
| " | " III | 2800 | 2,67 | 7 482,50 |
| Westfalen: | Lippe (Landestarif) | 2700 | 3,76 | 10 150,— |
| " | Kr. Warburg A *) | 2800 | 3,40 | 9 520,— |
| " | " Warburg B *) | 2800 | 3,— | 9 400,— |
| Rheinland: | Kr. Grevenbroich | 2800 | 3,50 | 9 800,— |
| Baden: | Klasse I *) | 2800 | 3,90 | 10 920,— |
| " | " II *) | 2800 | 3,55 | 9 940,— |
| " | " III *) | 2800 | 3,05 | 8 540,— |
| Württemberg: | Klasse I | 2900 | 3,60 | 10 440,— |
| " | " II | 2900 | 3,05 | 8 845,— |
| " | " III | 2900 | 2,55 | 7 395,— |
| Hessen: | Rheinhessen | | | |
| " | Lohnklasse I | 2780 | 4,10 | 11 275,— |
| " | " II | 2780 | 3,90 | 10 725,— |
| " | " III | 2780 | 3,20 | 8 800,— |
| Rheinpfalz: | Zone I | 2800 | 2,80 | 7 840,— |
| " | " II | 2800 | 2,90 | 8 120,— |
| " | " III | 2800 | 3,20 | 8 960,— |
| " | " IV | 2800 | 3,50 | 9 800,— |
| Bayern r. d. Rh. | Schwaben, Klasse I | 2900 | 2,80 | 8 121,— |
| " | " Klasse II | 2900 | 2,57 | 7 441,— |

Schon aus dieser Tabelle, die lange nicht das wirkliche Elend der Landarbeiter zum Ausdruck bringt, geht hervor, wie notwendig der enge Zusammenschluß der Landarbeiter ist, um mit erhöhter Schlagkraft und Einmütigkeit die unausbleiblichen Lohnkämpfe in den nächsten Monaten führen zu können. Aufgabe des revolutionären Industrieproletariats ist es, durch unermüdliche Tätigkeit unter den Landarbeitern den Zusammenschluß der Landarbeiter zu fördern und gleichzeitig die Verbindung zwischen Industrie- und Landproletariat herzustellen. Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!

*) Bei den mit *) Bezeichneten sind die Tarifabschlüsse bis Herbst 1921 schon berücksichtigt.


Schauspielhaus
[illegible]
Die Einsteigeschleife.
Die gläserne Glocke.

Kinderwagen
[illegible]
R. Leinert, Breslau
Schlaitzstr. 2.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Schlafzimmer, Speise- u. Spezialzimmer, Küchen sind preiswert in der Breslauer Volks-Möbel-Zentrale zu haben.
Volks-Möbel-Zentrale
Breslau, Karlstraße 33

Büchse d. L
IV. und V. Teil
Bühnen-Skel
'N Ding v
gedreh

Zahle für alte Altmetalle
Sterben?
Engl. W 2 Zahn

Ungekürzte Ausgabe broschiert Mk. 225,— geb. Mk. [illegible]
Für ab 1. Januar 1922 gültige Zeichnung ist angesetzt
Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cohen, Hamburg
alle Buchhandlungen und Buchhandlungsgehilfen der KPD.

Die Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Str. 45
hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur
Bücherverzeichnis kostenlos!

4. Jahrgang. Nr. 34. Einzelnummer 50 Pf.

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 4—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 5597.

Donnerstag, 9. Februar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 1.50 Mk., auswärts 1.50 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.50 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 3.50 Mk.

# Der Eisenbahnerstreik abgebrochen!

## Ergebnis völlig unsicher.

**Die Mitglieder der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, Ortsgruppe Breslau kamen am Mittwoch im Schießwerder zusammen, um zu den Verhandlungen mit der Regierung Stellung zu nehmen.**

**Der Bezirksvorsitzende Nickolt verlas das Telegramm des Hauptvorstandes wonach die Arbeit sofort aufgenommen werden soll. Die Verhandlungen mit der Regierung haben ergeben, daß sofort Verhandlungen über die Grundgehälter der unteren Beamten stattfinden sollen. Die Regierung habe ferner ein allgemeines Arbeitszeitgesetz in Aussicht gestellt. Maßregelungen und Disziplinierungen sollen nur bei Sabotageakten vorgenommen werden. Die allgemeinen Richtlinien für Streitfälle, die sich aus der Arbeitsaufnahme ergeben, werden noch bekannt gemacht.**

**Die Vertreter der Lokomotivführer und des Fahrpersonals ermahnten noch ihre Kollegen, ihre Maschinen, die Wagen und Stellwerke etc genau anzusehen, damit sie nicht für die Fehler der Streikbrecher und der technischen Nothilfe verantwortlich gemacht werden können.**

**Am Schluß der Versammlung betonte der Ortsgruppenvorsitzende, daß die in der RDE. zusammengeschlossenen Beamten bewiesen haben, daß sie einer Kampfparole zu folgen gewillt sind bis auf den letzten Mann. Mit gewerkschaftlichen Mitteln haben sie diesen Kampf geführt und werden die geringen Erfolge mit aller Zähigkeit verteidigen.**

Die RDE. hat ohne Zweifel einen Rückzug angetreten. Die Meldungen der bürgerlichen Presse über die Verhandlungen mit der Regierung lassen erkennen, daß die Frage der Disziplinierung absolut nicht geklärt ist. Die reaktionären Geheimräte und die verschiedenen Direktoren können danach willkürlich verfahren.

Das Versprechen, vor Durchführung des nur für die Eisenbahn bestimmten, ein allgemeines Arbeitszeitgesetz vorzulegen, ferner die Grundgehälter der unteren Beamten zu regeln, sind zu bewerten, wie die Versprechungen der Wirth-Regierung im allgemeinen. Jedenfalls müssen die Beamten mit aller Kraft jede Maßregelung mit Entschiedenheit zurückweisen.

Die Hauptschuld an dem nicht günstigen Ausgange des Eisenbahnerstreiks trägt nicht nur der DEV., der in unberechtigtem Groll ein gemeinsames Handeln ablehnte, sondern vor allem der ADGB. und die sozialdemokratische Partei. Diese beiden Hauptträger der Wirth-Regierung, diese Grundpfeiler, auf die sich die Ausbeutungs- und Steuerabzugspolitik des deutschen Kapitals stützt, billigten durch ihre Vertreter in der Regierung jede Maßnahme, die zum Niederschlagen, zum Versagen aller berechtigten Forderungen der Arbeiter und Beamten ergriffen wurden.

Aus allen Teilen des Reiches kamen an den ADGB. die Meldungen, daß die Arbeiter nicht nur zu Unterstützung der zuerst der Stinnesierung anheim fallenden Eisenbahnern, sondern überhaupt zur Durchführung der 10 Forderungen gewillt sind in den Generalstreik zu treten. Die dem DEV. angeschlossenen Arbeiter treten in vielen Städten in den Sympathiestreik.

Der ADGB., dessen Vertreter in der Regierung der Vizekanzler Bauer, in der Manier eines echten Scharfmachers den Streik verurteilte, dachte aber nicht daran, die ihnen nicht angeschlossenen RDE. zu unterstützen. Die Unterstützung Wirths, die Erfüllung der Reparationsverpflichtung an die Entente steht ihnen über alles.

Die Arbeiter, die in dem Streik der Eisenbahnbeamten noch nicht zu einer geschlossenen Unterstützungsaktion aufmarschieren konnten, werden in ganz kurzer Zeit selbst vor die Frage einer großen Aktion zur Verbesserung ihrer Lage, zur Durchführung der 10 Punkte des ADGB. gestellt sein.

Die Arbeiter müssen sich klar werden, daß eine zukünftige Aktion nur geschlossen durch Arbeiter und Beamte erfolgreich geführt werden kann. Möge der Eisenbahnerstreik zu dieser Erkenntnis beitragen.

## An die gesamte werktätige Bevölkerung!*

Ganz Deutschland ist der Schauplatz eines gewaltigen proletarischen Kampfes. Der Eisenbahnerstreik zieht von Stunde zu Stunde weitere Kreise. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten hat den verschärften Streik proklamiert. Die Berliner Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes haben zur Verschärfung des Streiks aufgerufen. Sie und die Hamburger Funktionäre des Verbandes verlangen vom Vorstand des DEV. den Aufruf zum Gesamtstreik aller Eisenbahner. Die Arbeiter der städtischen Betriebe Berlins stehen bereits im Streik. Ueber eine Million von Arbeitern und Beamten aller Kategorien kämpfen schon heute um ihr täglich Brot, gegen die Versuche, das Steuerkompromiß und die damit verbundene Verelendung des Volkes in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die nach dem Willen der Arbeiter berufen sind, die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats zu vertreten, sind mit Ausnahme des Deutschen Beamtenbundes diesem ungeheuren gewerkschaftlichen Kampfe in den Rücken gefallen. Sie haben den Abbruch des Eisenbahnerstreiks proklamiert. Die Regierung, die alle staatlichen Machtmittel gegen die kämpfenden Arbeiter aufbietet, erhält durch die Stellungnahme der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen noch die moralische Autorität, um die Streikbewegung niederzuwerfen. Die streikenden Beamten und Arbeiter sind jetzt vollständig preisgegeben.

Nur die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft kann ihnen helfen. Ihr Schicksal ruht jetzt in der Hand der gesamten Arbeiterschaft.

In allen Betrieben müssen die Arbeiter sofort Stellung nehmen. Die Arbeiter müssen an ihre Parteien und Gewerkschaften Delegationen und Entschließungen senden, um ihren Willen kundzugeben. Der Vorstand des DEV. muß veranlaßt werden, nach dem Willen seiner Mitglieder den Generalstreik der Eisenbahner zu proklamieren. Die gesamte Macht der proletarischen Organisationen muß zur Geltung gebracht werden, damit die Forderungen der Streikenden vollständig zur Durchführung gelangen.

Diese Forderungen sind:

1. **Aufhebung der Ausnahmeverfügungen, Freilassung der verhafteten Streikführer, Rückgabe der beschlagnahmten Streikgelder, sofortige Zurückziehung der Technischen Nothilfe.**
2. **Sofortige Verhandlungen mit den Streikenden unter Hinzuziehung der Organisationen der kämpfenden Eisenbahner und Beamten. Keine Maßregelungen.**
3. **Verhinderung des Arbeitszeitgesetzes, keine Verminderung des Personalbestandes in den Reichsbetrieben, Säuberung des Reichsverkehrsministeriums von reaktionären Beamten.**
4. **Zur Wiederherstellung der Rentabilität der Eisenbahnen sofortige Enteignung der Kohlen- und Eisenbergwerke, in Verbindung damit wirtschaftliche Neuordnung der Eisenbahnbetriebe, entsprechend den Forderungen des ADGB.**

Diese Forderungen sind Forderungen der gesamten Arbeiterschaft. Der Kampf kann nur durch eine eindeutige Entscheidung gelöst werden. Die Eisenbahner sind das erste Opfer, der durch das Steuerkompromiß eingeleiteten Politik der Abwälzung aller Lasten der Reparation auf die Arbeiterschaft. Gelingt es der Bourgeoisie, die Rentabilität der Eisenbahnen auf Kosten der Arbeiter durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung herzustellen, dann teilt die übrige Arbeiterschaft bald das Schicksal der Eisenbahner. Das gesamte Proletariat muß den Kampf der Eisenbahner, der ein Kampf gegen die Stinnesierung der Eisenbahn und den Stinneskurs ist, mit allen Mitteln unterstützen.

Die Regierung raubt den Staatsbeamten und Arbeitern das Streik- und Koalitionsrecht. Die Grundlagen der proletarischen Organisationen sind bedroht. Die Arbeiterschaft wird aber zeigen, daß sie trotz der Provokationen der Regierung und trotz des Verrats der gewerkschaftlichen Spitzen ihre Organisationen zu erhalten und ihren Kampfcharakter zu wahren versteht.

Die Regierung hat eine Kraftprobe provoziert. Die Arbeiterschaft wird sie zu bestehen wissen.

Die Niederlage dieser Regierung in diesem Streik ist nicht die Niederlage der Republik. Die Niederlage der Beamten und Arbeiter in diesem Streik ist dagegen die Niederlage des Sozialismus, ist die Zerrüttung der Gewerkschaften, ist der Sieg von Stinnes.

Die mächtige Einheitsfront aller Arbeiter, Beamten und Angestellten muß diesen Anschlag zunichte machen.

Jetzt heißt es: Solidarität mit den Kämpfenden!

Berlin, 5. Februar.

**Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.**

Sektion der Kommunistischen Internationale.

* Wir bringen den Aufruf trotz des abgebrochenen Streiks. Die Red.

## Maßregelungen bleiben bestehen und werden durchgeführt.

Dienstag abend erschienen zwei Führer des Deutschen Beamtenbundes beim Reichsverkehrsminister, um seine Stellungnahme zur Frage der Maßregelung kennen zu lernen. Der Minister schilderte ihnen die Rechtslage wie folgt:

Die nach dem Beamtengesetz und anderen gesetzlichen Bestimmungen einzuleitenden, teilweise bereits eingeleiteten Disziplinarverfahren werden durchgeführt, soweit es sich um unkündbare Beamte handelt. Soweit gegen Beamte Entlassungen ausgesprochen wurden, bleiben diese aufrechterhalten, es steht jedoch diesen Beamten das gesetzliche Rechtsmittel zur Verfügung, so daß also etwaige Irrtümer richtig gestellt werden können. Soweit es sich um Mitläufer handelt, also um solche Streikende, die nicht Führer gewesen sind, so ist natürlich an eine Massendisziplinierung keineswegs zu denken. Es soll in den einzelnen Direktionsbezirken festgestellt werden, inwieweit die Beamten an dem Streik beteiligt gewesen sind. Es sollen darüber Listen aufgestellt werden. Nach Prüfung dieser Listen wird der Minister entscheiden, ob gegen einen Beamten disziplinarisch vorgegangen werden soll oder nicht. Was die Arbeiter anbetrifft, so werden sie nach den örtlichen Bedürfnissen wieder eingestellt. Bei der Durchführung der Maßregelungen sollen keinerlei Härten eintreten, und insbesondere, wie der Minister wiederholte, sollen keine Massendisziplinierungen vorgenommen werden. Es muß jedoch mit Rücksicht auf die zu drei Viertel dienststreu gebliebene Beamtenschaft darauf gesehen werden, daß die Führer und die Hauptschuldigen an dem gänzlich unberechtigten Streik nicht straflos ausgehen. Der Minister betonte, daß das Reichskabinett ihm in der Frage der Maßregelung soweit freie Hand gelassen hat, daß er die Frage innerhalb seiner Kompetenz als Ressortminister regeln kann.

Ueber die Frage etwaiger Begnadigungen entscheidet jedoch allein der Reichspräsident.

*

Unsere Annahme, daß der Streik eher eine Niederlage als ein Sieg ist, bleibt vorläufig bestehen.

## Sympathiestreik der Bergarbeiter?

**Die Betriebsräte der Bochumer und Dortmunder Bergwerke haben sich gestern abend für den Sympathiestreik der Bergleute ausgesprochen, über den am Donnerstag eine Revierbetriebsrätevversammlung in Altenessen Beschluß fassen soll. Der Aufschlag des Aufrufs der Gewerkschaften in dem die Eisenbahner zur Arbeitsaufnahme aufgefordert werden, wurde in fast allen Revieren des Ruhrbezirks durch die Betriebsräte verhindert. Die Stimmung unter den Bergarbeitern für den Streik ist allgemein.**

# Politische Uebersicht.

### Sympathiekundgebung des französischen Proletariats für die streikenden Eisenbahner.

Der französische Vereinigte Allgemeine Arbeiterbund und der Eisenbahnerbund senden den deutschen Eisenbahnarbeitern den Beweis ihrer Sympathie für ihren begonnenen Kampf gegen die Ausbeuter.

### Massenkundgebungen der Berliner Eisenbahner.

Die für Montag nachmittag von der Reichsgewerkschaft und dem Deutschen Eisenbahnerverband einberufenen Versammlungen waren schon lange vor Beginn überfüllt, so daß Parallelversammlungen angesetzt werden mußten. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft und des DGB. gaben den Bericht über den Stand des Streiks im Reiche. Ueberall ist dieselbe Geschlossenheit zu verzeichnen und die Beamten und Arbeiter sind bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf fortzuführen. Der ADGB. und der Afa-Bund, die durch ihren Aufruf versucht haben, die Einheitsfront der Eisenbahner zu sprengen, mußten einsehen, daß sich die Eisenbahner nicht mit leeren Versprechungen zufrieden geben. Die Zurückziehung des Arbeitszeit- und Eisenbahn-Finanzgesetzes, die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen sind die Forderungen, die zuerst verwirklicht sein müssen, bevor die Eisenbahner die Arbeit wieder aufnehmen. Die Vertreter erklärten, daß die Arbeiter und Beamten den Parolen der bürgerlichen Presse keine Folge leisten sollen, sondern nur den von der Streikleitung herausgegebenen.

Die Stimmung in den Kreisen der Eisenbahner ist eine gute und zeugt davon, daß die Eisenbahner nicht willens sind, den Kampf eher abzubrechen, als bis ihre Rechte und ihre Existenz sichergestellt sind.

### Kommunistische Zeitungen beschlagnahmt.

Ein Teil der Auflage der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" wurde auf Verfügung des Polizeisenators von Hamburg, des Sozialdemokraten Hense beschlagnahmt.

### Verschärfung des Bergarbeiterstreiks in der Tschechoslowakei.

Der Generalstreik der Bergarbeiter verschärft sich zusehends. In mehreren Großbetrieben der Republik sind von den Direktionen wegen Kohlenmangels große Arbeiterentlassungen angekündigt worden. Die Stadt Bremen erwartet mehrere Waggons Oberschlesischer Kohle.

Die kommunistischen Eisenbahner haben sich an die gesamten Eisenbahner der Republik mit einem Aufruf gewandt, die kämpfenden Bergarbeiter zu unterstützen und jegliche Beförderung von Kohle abzulehnen.

Dieser Aufruf ist von dem Staatsanwalt konfisziert worden.

In Reichenberg nahmen gestern die gewerkschaftlichen und politischen Funktionäre zur Streiklage Stellung.

In Pilsen war gestern einschließlich der Skoda-Werke, ein zweistündiger Generalstreik.

### Beamte, seht Euch Eure deutschnationalen Freunde an!

Es ist bekannt, daß viele Beamte der skrupellosen deutschnationalen Beeinflussung unterlegen sind. Der Eisenbahnerstreik, der die wahre Gesinnung der politischen Parteien aufzeigt, an dem man deutlich ablesen kann, wer für und wer gegen die Beamten ist, hat auch die Deutschnationalen zur Entlarvung gezwungen.

Es genügt, den Beamten diesen Hetzaufruf der deutschnationalen Reichstagsfraktion entgegenzuhalten:

Der Streik der Eisenbahnbeamten bedeutet ein Verbrechen am deutschen Volke von verhängnisvollsten wirtschaftlichen und politischen Folgen. Die daran beteiligten Beamten haben ihre öffentlichen rechtlichen Pflichten verletzt und die Stellung des gesamten Berufsbeamtentums aufs schwerste bloßgestellt. Die Regierung hat gegen den Streik zunächst Maßnahmen angekündigt und ergriffen, die gebilligt werden können.

Es heißt dann weiter:

Wir richten an die Regierung die dringende Aufforderung, den Streik der Eisenbahnbeamten durch unbeugsame Festigkeit zu ergebnislosem Zusammenbruche zu bringen. Die gerechte Sühne des von den Streikenden begangenen Unrechtes wird durch Zugeständnisse nicht verhindert werden.

So sehen die deutschnationalen „Beamtenfreunde" aus! Sie fordern von der Regierung, daß sie mit dem Belagerungszustand, mit Geld- und Gefängnisstrafen, mit dem Polizeiknüppel den Streik zum ergebnislosen Zusammenbruch bringt. Sie fordern den Hungertod der Beamten, sie fordern die 15stündige Arbeitszeit, sie fordern die Stinnesierung der Eisenbahn. Und die Herren Sozialdemokraten in der Regierung, wohlwollend, daß sie durch ihre Koalitionspolitik letzten Endes Lakaien des Stinnes sind, bemühen sich, durch eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Beamten der deutschnationalen und volksparteilichen Wünsche würdig zu erweisen.

Beamte, erkennt Eure Feinde und erkennt Eure wahren Freunde! Nur bei der revolutionären Arbeiterschaft, deren Vorkämpfer die Kommunistische Partei ist, habt ihr bis heute nicht nur Sympathie sondern auch Unterstützung gefunden.

Darum bildet zusammen mit den Arbeitern eine unüberwindliche Einheitsfront des Kampfes gegen das Kapital!

### Eine Agentenkomödie.

Amtlich wird gemeldet, daß die deutsche Regierung den ehemaligen Entnazifizierungsminister Dr. Peters beauftragt hat, festzustellen, ob in Schlesien noch Geheimorganisationen bestehen und ob der Justizrat in Steinitz mit diesen Schwarzorganisationen zu Fühlung nehmen hat.

Den behördlichen Stellen ist genau bekannt, daß die Geheimorganisationen, die sich aus der Orgesch und den aufgelösten Selbstschutzformationen ergeben, über ganz Deutschland verbreitet sind und ihren Hauptsitz in Bayern und Schlesien haben.

Verschiedene Zeitungen, insbesondere unsere Parteipresse, haben wird oft durch Abdruck von Dokumenten Kenntnis von Bestehen dieser Organisationen gebracht. Kein Mensch ist im Zweifel, daß die Orgesch weiter ihr Unwesen treibt, nur die Regierung weiß von nichts.

### Vom weißen Schrecken.

Die Blätter bringen folgende Meldung aus Bukarest:

Der Prozeß gegen die dreihundert rumänischen Kommunisten zwang die Regierung zur Durchführung weitgehender Vorsichtsmaßregeln. Die Gerichtsverhandlungen finden in zwei großen Militärkasernen statt. Die beiden Gebäude werden bewacht; während der Gerichtsverhandlungen steht auf einer besonderen Tribüne ein Zug Soldaten mit schußbereiten Gewehren. Desgleichen sind zwei Maschinengewehre in Bereitschaft, um bei einer Revolte der zahlreichen Angeklagten eingreifen zu können. Die Angeklagten haben in einer der letzten Gerichtssitzungen erklärt, daß sie geschlossen in den Hungerstreik treten würden, wenn seitens der Gefängnisbehörden ihre gegenwärtige menschenunwürdige Lage nicht gebessert werden würde.

So werden Kommunisten behandelt! Die weiße Bestie ist überall dieselbe. Ueberall sucht die Bourgeoisie, Todfeinde des kapitalistischen Ausbeutungssystems, die Kommunisten, auszurotten. Es wird ihr nicht gelingen, trotz Kanonen und Maschinengewehre. Immer breitere Schichten der Bevölkerung in aller Welt erkennen in den Kommunisten ihre wahren Freunde und Brüder, und die Massen werden dem Kapitalismus den Garaus machen.

### Revolutionäre Bewegungen in Indien.

Das indische Amt teilt mit, daß in Corakpur 17 Polizeibeamte von einer Volksmenge von 2000 Personen niedergemetzelt und dann verbrannt worden sind. Die Lage wird als sehr ernst angesehen. Auch aus der Stadt Bareilly werden Unruhen gemeldet. Die Polizei eröffnete bei einem Zusammenstoß mit einer 5000köpfigen Volksmenge das Feuer. Zwei Demonstranten wurden getötet und fünf verwundet. Der Nationalistenführer Gandhi hat, wie aus Bombay gemeldet wird, in einem Brief an den Vizekönig das Anerbieten gemacht, den Beginn der Gehorsamsverweigerung der indischen Bevölkerung gegenüber den britischen Behörden zu verschieben und die Lage neu zu prüfen, falls der Vizekönig seine Politik binnen einer Woche abändere und die Versammlungs- und Pressefreiheit wiederherstelle.

### Transvaal.

Blättermeldungen zufolge ist in Transvaal im Bergarbeiterstreik eine ernste Lage entstanden. Die heute eingegangenen Meldungen deuten auf die Möglichkeit revolutionärer Versuche hin. In Massenversammlungen der streikenden Bergleute in Johannesburg wurde eine Entschließung angenommen in der die in Pretoria befindlichen Mitglieder des Parlaments aufgefordert werden, eine vorläufige Regierung zu bilden und die Republik auszurufen.

# Die politische Bedeutung der Papstwahl.

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

Als Benedikt XV. gestorben war, setzte in Berlin die französische Botschaft die Trikolore auf Halbmast, und vom Reichstagsgebäude wehte die Trauerfahne schwarz-rot-gelb. Die Ebert-Republik und die Millerand-Republik, so sehr sie sich in der großen Politik bekämpfen, sind einig in der Huldigung vor dem päpstlichen Stuhl. Und doch liegt die Zeit erst ein Menschenalter zurück, in der Bismarcks Gendarmen auf die Jesuiten Jagd machten und die katholischen Bischöfe beinahe ebenso in die preußischen Gefängnisse gesteckt wurden, wie heute die kommunistischen Redakteure. Und noch viel frischer in der Erinnerung ist ja der Kulturkampf der französischen Republik, als der alte Combes die Klöster stürmen ließ, und der Sozialdemokrat Briand das Kirchen-Trennungsgesetz entwarf.

Heute hat sich alles gewandelt. In den Vorzimmern des Vatikans findet man den französischen Gesandten neben dem deutschen, und den englischen neben dem spanischen. Aber was noch mehr bedeutet, auch die Feindschaft zwischen dem italienischen Staat und dem Papsttum gehört der Vergangenheit an. Als die Truppen des Königs Viktor Emanuel 1870 in Rom einrückten und den letzten Rest des Kirchenstaats auf den Kehrichthaufen der Geschichte warfen, da zog sich der Papst erbittert in seinen Vatikan zurück. Seitdem haben die Päpste als Freiwillige oder unfreiwillige Gefangene im vatikanischen Gebäude, dem größten Schloß der Welt, geweilt und lange Jahre hindurch den bürgerlichen italienischen Staat als kirchenräuberisch und tempelschänderisch verflucht. Der moderne italienische Staat ist jahrzehntelang von den frommen Katholiken boykottiert worden. Sie enthielten sich der Wahl und taten alles, das Italien der Garibaldi und Cavour zu Fall zu bringen. Und heute? Während der Krankheit Benedikts XV. haben alle maßgebenden Stellen der italienischen Regierung, vom König herunter bis zum kleinsten Präfekten, ihre Ergebenheit für das Papsttum kundgetan, und die katholische Partei ist in Italien eine Hauptstütze der Regierung geworden.

Es bleibt die an sich überraschende Tatsache bestehen, daß gerade das letzte Menschenalter, das angeblich im Zeichen der fortschreitenden wissenschaftlichen Erkenntnis und der Verwerfung des Aberglaubens steht, eine außerordentliche Zunahme der Macht der Kirche gebracht hat. Trotz der drahtlosen Telegraphie und der Lehren von Einstein ist heute der Papst mächtiger denn je. Die Erklärung dieser Tatsache ist leicht, wenn man sie nach den Grundsätzen der marxistischen Dialektik prüft: der Aufschwung der Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaft und der technischen Forschung, war bedingt durch den Riesenaufschwung der kapitalistischen Produktion. Der moderne Kapitalismus sieht sich einem stets anwachsenden und immer klassenbewußter werdenden Proletariat gegenüber. Deshalb muß die herrschende Klasse alle Machtmittel einsetzen, die sie zur Verfügung hat, und sie sucht, die Gegensätze in ihren eigenen Reihen zu überbrücken, soweit es nur irgend möglich ist. Die Kirche ist aber heutzutage weiter nichts als ein Machtapparat zur Niederhaltung der proletarischen Massen. So kommt es, daß die Bourgeoisie überall die Anlehnung an das Priestertum sucht. Im überschäumenden Kraftbewußtsein nach 1871 lehnte die deutsche Bourgeoisie, zusammengesetzt in der national-liberalen Partei, es wagen, auf die Kirche loszuschlagen. Als aber die Sozialdemokratie in Deutschland bedrohlich wachsen, da entbrannte Bismarck das „politische Christentum" der Sozialpolitik und machte seinen Frieden mit dem katholischen Zentrum. Ähnlich verlief die Entwicklung in Frankreich. In der friedlichen Zeit von 1900, als weltpolitische Konflikte nicht so nahe schienen, und die französische Arbeiterklasse im trägen Strom des Reformismus schwamm, wagte die französische Bourgeoisie ihren Kulturkampf. Als aber 1914 die weltpolitischen Entscheidungskämpfe einsetzten, war auch in Frankreich der Kampfruf zwischen Kirche und Bourgeoisie gegeben. Ebenso ist es in Italien die Zuspitzung der sozialen Gegensätze, die Gefahr einer proletarischen Revolution, die alle Elemente zusammenschließt, denen die Erhaltung der bestehenden Gesellschaft am Herzen liegt.

Papst Benedikt XV., der unter den schwierigsten Umständen die päpstliche Krone trug, hat es verstanden, aus diesen Tatsachen die nötigen Folgerungen zu ziehen. Er hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Kirche ihre Machtstellung in Italien festhielt, ihre Autorität in Deutschland behauptete und mit dem französischen Staat wieder in korrekte Beziehungen kam. Freilich hat man den Papst im Lager der Entente seine gesamte Neutralität im Weltkrieg nicht vergessen. Dies zeigten auch die französischen Anfragen, die Benedikt XV., trotz all seiner Liebenswürdigkeiten für Frankreich, in der Pariser Kapitalistenpresse fand. Und doch konnte der Papst während des Krieges nicht anders handeln. Im deutschen Lager fand auch Oesterreich-Ungarn, diese altberühmte Stütze der katholischen Weltmacht, und in Deutschland hielt man die Stellung des Katholizismus wenigstens so hoch wie in Frankreich, und entschieden stärker als etwa in Rußland, England und Amerika. Es wäre also unsinnig gewesen, wenn der Papst mit der Entente auf die Mittelmächte losgeschlagen hätte. Im Gegenteil, er suchte durch einen Verständigungsfrieden die Mittelmächte zu retten und so den Boden für ein neues kapitalistisches Zusammenarbeiten aller Mächte zu bereiten. So traf sich Benedikt XV. mit den Bestrebungen der Zentristen in der internationalen Arbeiterbewegung, der USPD., usw.

Die französische Politik bemüht sich, jetzt die Wahl eines Papstes durchzusetzen, der Herrn Poincarés genehm ist. Die Franzosen können es nicht vergessen, daß nach dem Tode Leos XIII. der Einspruch Oesterreichs die Wahl des Kardinals Rampolla zum Papst verhinderte. So ist damals statt des Diplomaten Rampolla der ungeschickte Draufgänger Pius X. gewählt worden. Jetzt ist aber keine österreichische Monarchie mehr vorhanden, die einen franzosenfreundlichen Kardinal von der Besteigung des päpstlichen Throns zurückhalten könnte. Für Frankreich hätte die Wahl eines genehmen Papstes erhebliche Bedeutung. In Syrien so gut wie im Rheinland ließ sich dann der kirchliche Apparat in den Dienst des französischen Imperialismus stellen. Ferner tragen die meisten Staaten, mit denen Frankreichs Politik in Europa zu tun hat, einen ausgesprochenen katholischen Charakter: Polen, Tschecho-Slowakei, Ungarn, Italien, Belgien usw. In allen diesen Ländern wäre die Durchsetzung der französischen Wünsche leichter, wenn ein franzosenfreundlicher Papst den kirchlichen Apparat im gleichen Sinne einsetzen würde. Neben der französischen Regierung ist die italienische am Ausgang der Papstwahl erheblich interessiert. Denn sie hofft, daß der neue Papst die letzten Verstimmungen beseitigen wird, die noch zwischen Vatikan und Quirinal, dem Papstschloß und dem Königsschloß in Rom bestanden, damit die reibungslose antiproletarische Einheitsfront in Italien zustande kommt.

Wer auch der neue Papst sein wird, so bleibt für die Kirche von heute das Wort bestehen, daß der Herrgott immer mit den stärkeren Bataillonen ist. Die kirchliche Diplomatie wird sich in den Dienst derjenigen Macht stellen, die in Europa am meisten zu bedeuten hat. Sie wird es freilich so geschickt tun, daß sie die anderen dabei nicht zu sehr verletzt. Die schwarze Internationale wird in Europa und überhaupt in der Welt auch ferner im Dienst der goldenen Internationale stehen. Die Arbeiter und Kleinbauern, die sich noch im katholischen Lager befinden, werden bei Verschärfung der Klassengegensätze erkennen, daß man ihre religiöse Ueberzeugung zu politischen Zwecken mißbraucht, daß man ihren Glauben benutzt, um das Kapital zu stärken, und daß das Reich des Papstes nicht von jener, sondern durchaus von dieser Welt ist.

* *

Was der Artikelschreiber, der seine Ausführungen vor der Wahl des Papstes gemacht, angedeutet hat, nämlich, daß voraussichtlich ein dem französischen Imperialismus genehmer Kardinal zum Papst gewählt wird, scheint sich in der Person des Kardinals Ratti, bisher Erzbischof von Mailand, erfüllt zu haben. Schon die Tatsache, daß der jetzige Papst Nuntius bei der polnischen Regierung gewesen ist, und auch als päpstlicher Abstimmungskommissar in Oberschlesien unter Zustimmung Frankreichs gewirkt hat, gibt einen Hinweis darauf, daß Ratti auch als Papst den französischen Wünschen sehr nahe steht.

Die Redaktion.

# Schlesische Rundschau.

### Durchbrechung des Achtstundentages wird bestraft.

Vom Pressedienst des Regierungspräsidiums wird mitgeteilt:

Die Frage, ob sich der Arbeitgeber strafbar macht, wenn er im Einvernehmen mit den Arbeitnehmern über die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit hinaus arbeiten läßt, wird vielfach auf Grund einer durchaus irrigen Auslegung des Urteils des Reichsgerichts v. 6. 7. 1920 verneint. Demgegenüber muß mit voller Klarheit festgestellt werden, daß jeder Arbeitgeber, welcher die achtstündige Arbeitszeit überschreiten läßt, auch wenn dies im Einvernehmen mit den Arbeitnehmern geschieht, auf Grund der Anordnung des Demobilmachungsamtes v. 23. 11. 1918 zu bestrafen ist. Das erwähnte Urteil des Reichsgerichts enthält einen Freispruch von Arbeitnehmern, nicht Arbeitgebern und führt aus, daß die in der Anordnung enthaltene Strafandrohung sich auf den Arbeitnehmer nicht beziehe, daß dieser also bei Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit straffrei bleibe und daß der Verantwortliche für die Ueberschreitung der Arbeitgeber sei. Im Interesse aller Arbeitgeber, die durch ein unrichtiges Verhalten sich straffällig machen würden, wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die oben aufgeworfene Frage zu bejahen ist.

### Die bürgerliche Presse und der Streik.

Die bürgerliche Preßkanaille ist ewig bemüht, den streikenden Eisenbahnbeamten Nackenschläge zu versetzen. Durch falsche Meldungen, aufgebauschte Berichte, erlogene und erstunkene Nachrichten wird versucht, die Front der Streikenden ins Wanken zu bringen. Seit der systematischen Lügenhetze und unwahren Berichterstattung während des Krieges hat die deutsche bürgerliche Presse bei einem großen Teil der Bevölkerung das Recht auf Glaubwürdigkeit verloren. Deshalb wissen auch die streikenden Beamten die Meldungen der bürgerlichen Presse als das zu nehmen, was sie sind, als Schwindelnachrichten.

Da die bürgerliche Presse vom Kapitalismus gespeist wird, direkt — durch Ankauf oder Beteiligung (Stinnesierung); indirekt — durch großzügige Inseratenaufträge, ist sie gut ausgestattet und wird vom gedankenlosen Publikum gelesen. Hier hat der Kapitalismus durch seine Beauftragten, die bürgerliche Presse, ein. Der Oeffentlichkeit wird weiß gemacht, daß der Streik der Eisenbahnbeamten ein großes Verbrechen ist, daß der Streik gewissenlos vom Zaune gebrochen ist usw. usw. Durch kleine tendenziöse Meldungen wird die breite Masse suggestiv beeinflußt, wird Stimmung gemacht gegen die Streikenden. Von diesem Gesichtspunkte muß auch die „Telegraphische Meldung" der bürgerlichen Presse bewertet werden, in der Professor Langstern, Direktor eines Berliner Krankenhauses, Klage führt, daß durch die Absperrung von Gas, Wasser und Elektrizität infolge des Berliner Gemeindearbeiterstreiks zahllose Kranke gestorben seien und Säuglinge des Kaiserin Friedrich-Krankenhauses bedroht seien. Mit breitem Behagen druckt das die bürgerliche Presse nach und vergießt dabei wahre Krokodilstränen. Man muß sich wundern, welche Anteilnahme plötzlich für die Kranken und Säuglinge vorhanden ist. Ist das nicht sonderbar?

Hat sich die bürgerliche Preßkanaille vielleicht schon einmal darum gekümmert, daß in der „demokratischen" Republik Deutschland tausende von unterernährten Kindern dem langsamen, aber sicheren Hungertode entgegengehen, daß bei den schulärztlichen Untersuchungen überall eine hohe Krankheitsziffer, grenzenlose Verkrüppelung und immer weiter umfahreifende Unterernährung der Kinder (fast nur Proletarierkinder) festgestellt wird? Oder hat sie jemals Stellung zu der Aeußerung des deutschnationalen Geheimrats Gruber genommen, nach der 15 Millionen Menschen in Deutschland sterben sollen, da sie zuviel seien? Ja, Bauer, das ist auch etwas anderes. Ihren Geldgebern kann die Dirne Presse doch nichts am Zeuge flicken. Ueber solche Sachen geht

sie mit einem Schweigen hinweg. Mögen die Proletarier und ihre Kinder weiter wie tolle Hunde am Wege verrecken, deswegen geht die Welt weiter. Wenn aber einige Bourgeoissiesöhnchen bedroht werden, dann heult die ganze bürgerliche Presse Krokodilstränen, entdeckt ihr mitfühlendes Herz und zieht über die um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter und Beamten her.

Die Streikenden aber sollten ihre offenen Feinde nicht noch finanziell unterstützen und die bürgerlichen Blätter weder abonnieren noch lesen.

### Das schwergeprüfte Vaterland.

Ein Arbeitsloser bittet um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Während sich die deutsche Regierung auf allen bisher stattgefundenen Konferenzen die größte Mühe gibt, die englischen und französischen Kapitalisten von der Armut des deutschen Volkes zu überzeugen, veranstaltet man in Berlin und anderen Großstädten die tollsten Festlichkeiten. Es gibt zwei Arten kapitalistischer Berichterstatter, die einen haben über die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu jammern, die anderen müssen die neuesten Modeberichte aus der Hauptstadt Frankreichs nach Deutschland schicken, damit die deutsche Hure der französischen in Modeangelegenheiten nicht nachsteht. Es wäre ja undenkbar, wenn bei den Kostümbällen, bei kommenden Autowettbewerben, Rennveranstaltungen, Tenniskonkurrenzen die deutsche Kokotte nicht fabelhaft elegant gekleidet paradieren könnte. Gibt es etwas ekelhafteres, als dieses verlogene Gejammer der auf Kosten des Proletariats sich amüsierenden Kapitalistenklasse, die Deutschland unter Protest verkauft. Wir segeln direkt in den „Idealzustand" der kapitalistischen Republik Frankreich nach dem Kriege von 1870/71 hinein.

Die Dimensionen sind nur bei uns gewaltiger, die Wuchergewinne riesenhafter, der Dreck noch stinkender: aber die Sache ist genau dieselbe. Das ist die gepriesene Demokratie, die sogenannte freie Selbstbestimmung, die sich überall so herrlich offenbart. Man lese folgende Anzeige aus dem Gebiet der „Freien Stadt Danzig":

**Kurhaus-Kasino Zoppot**
**Freie Stadt Danzig**
**Baccarat — — Roulette — — Boule**
à la Monte Carlo.

**Die große Wintersaison**
Eisbahn — Rodelbahn — Skisport
Eishokey — Eis-Rodelfeste — Tattersall
Symphonie — Konzerte — Theatervorstellungen.
Warme Bäder — Vorträge der Volkshochschule.

Dieses Inserat ist typisch. Monte Carlo, die parfümierte Schmutzzentrale der Kapitalistenklique aller Länder, ist die Sehnsucht dieser Gesellschaft. So sieht das Elend in Deutschland aus, mit dem die kapitalistische Presse bei der Entente gut Geschäfte zu machen sucht.

Und dabei ist doch das Elend in Deutschland riesengroß. Um so größer, als es unter dieser scheinbar glänzenden Außenseite immer weiter um sich greift. Aber nicht die Entente, nicht die jetzige oder eine andere kapitalistische Regierung wird das Elend des Volkes lindern, sondern das Proletariat muß es selbst tun, will es nicht ganz im Elend umkommen. E. A.

### Bürgerliche Moral.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Die bürgerliche Moral treibt wunderbare Blüten. Man bekommt einen Begriff von dieser „Moral", wenn man die Heirats-Inserate in den bürgerlichen Zeitungen studiert. Bei der heute riesig schnell fortschreitenden Geldentwertung, ist es bei der bürgerlichen Klasse selbstverständlich, daß auch die Preise für bürgerliche Männer steigen. Vor dem Kriege war ein Rechtsanwalt schon mit 50 000 M., ein Offizier mit 100 bis 200 000 M. und ein Graf mit einer halben Million zu haben. Heut muß das „bessere" Mädchen, für einen Rechtsanwalt schon eine halbe Million zahlen. Ein Schieber ist, wenn er überhaupt heiratet, und nicht seinen Liebesbedarf auf dem freien Markt „eindeckt", fast unbezahlbar geworden. Nur Väter, die selbst Schieber en gros sind, können ihrer Tochter eine Heirat ermöglichen. Die Heiratsvermittlerinnen haben dementsprechend stets was auf Lager und stecken einen riesigen Verdienst ein. Und sie verstehen ihr Geschäft. Je angesaulter ein Mädchen, je geschiedener eine Frau ist, um so höher die Mitgift, und um so höher die Provision. In den bürgerlichen Blättern ist es zu finden. Da wird alles präzise vorgeführt, Haarfarbe — Figur, — Ausstattung — Mitgift — Geld — Gemüt — Religion, — alles käuflich zu erwerben. Es ist weiter nichts, als eine Börse, auf der Menschenfleisch gehandelt wird. Da heißt es weiter: „Einheiraten in Güter, Industrie, Geschäfte, kaufmännische Unternehmungen", sowie auch „Namensheiraten stets vorgemerkt". Aber „Namensheiraten vorgemerkt" bedeutet, daß einige abgelegte Adlige auf Lager sind. Töchter von Großschiebern mit anständigem Geldsack, können da zu Gräfinnen, Freifrauen, Baroninnen usw. gemacht werden. Dies nennt man dann „die Heiligkeit der Ehe". In der Wirklichkeit ist es aber Prostitution, bei der nicht der Mann die Frau, sondern die Frau den Mann bezahlt. Bürgerliche Moral ist eben Geschäft. Aber weshalb nicht? Bei einem richtigen Bourgeois ist nur das Geschäft moralisch. E. A.

## Aus der Partei.

### Vermißt.

Seit den Märzkämpfen wird der Arbeiter Wilhelm Steinmetz aus Halle a. d. Saale, geboren am 14. Februar 1900 zu Lützendorf, vermißt. Am 25. 3. 1921 ist er noch in Bischofsroda bei Eisleben gesehen worden, wo er an den Kampfhandlungen teilnahm.

Ebenfalls vermißt wird seit dem 26. 11. 1921 der Arbeiter Ludwig Huth aus Halle a. d. Saale, Brunoswarte 1, beschäftigt im Städtischen Wasserwerk. Huth ging am 26. Nov. abends angeblich zu einem Vergnügen und ist seitdem nicht zurückgekehrt. Sachdienliche Angaben über die beiden Vermißten sind zu richten an das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe", Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstr. 14.

## Sowjet-Rußland.

### Die Sowjetukraine im Jahre 1921.

Der Genosse Christian Rakowski veröffentlicht in der „Iswestija" vom 6. Januar einen Bericht über die Sowjet-Ukraine im Jahre 1921. Sie umfaßt 12 Gouvernements mit einem Gesamtgebiet von 508 000 Quadratwerst. Die Gesamtbevölkerung beträgt 25 861 000 Menschen. Davon 21 067 000 gleich 81 Prozent Land- und 4 790 000 gleich 19 Prozent Stadtbevölkerung. Der Volkszugehörigkeit nach besteht die Bevölkerung aus 76 Prozent Ukrainern, 11 Prozent Großrussen, 7 Prozent Juden, 2 Prozent deutschen, 1 Prozent Polen. Der verbleibende Rest von 3 Prozent setzt sich aus verschiedenen anderen Nationalitäten zusammen.

Im Verlaufe des Jahres 1921 hat die Sowjetmacht endgültig die Sympathien der breiten Schichten der Bauernschaft gewonnen. Der beste Beweis für den Zusammenschluß der Bauernmassen um die Sowjetmacht ist die fast gänzliche Vernichtung des Bandenunwesens in der Ukraine, das zweifelhaft seinen Nährboden in dem Widerstande hatte, den die wohlhabenden Schichten der Bauernschaft der Sowjetmacht entgegensetzten. Ein anderer Beweis ist der Zerfall der ukrainischen kleinbürgerlichen Parteien. Diese Parteien haben eine Reihe von Spaltungen durchgemacht, ein Teil der neugebildeten Organisationen schloß sich der Kommunistischen Internationale an. Was den Rest betrifft, so hat er jeden Einfluß verloren. Ein Teil der früheren Führer dieser Organisationen hat sich auf die Seite der Sowjetmacht gestellt oder sich von dem politischen Leben zurückgezogen.

Die ukrainische Bauernschaft trug das ihre zum Ausbau der Roten Armee bei. Im Jahre 1920, zur Zeit des Krieges mit Polen und Wrangel, verlief die Mobilisierung in der Ukraine glänzend. Neben anderen Militärschulen bestehen zwei Schulen Roter Offiziere mit ukrainischer Unterrichts- und Kommandosprache.

Es gibt gegenwärtig in der Ukraine 22 601 Schulen und 1 852 010 Schüler unter 15 Jahren, 4 technische Hochschulen mit 11 507 Hörern, 72 technische Mittelschulen mit 13 000 und 56 landwirtschaftliche Mittelschulen mit 5 326 Schülern. Die ukrainische Unterrichtssprache ist in 25 Prozent bis 90 Prozent der Volksschulen der verschiedenen Gouvernements eingeführt. Die Frage der Schaffung einer nationalen ukrainischen Schule ist von der Sowjetmacht ohne viel Lärm in kürzester Zeit gelöst worden.

Alle diese Tatsachen sprechen von der Festigung der Sowjetmacht in der Ukraine. Es gibt aber auch einige innere Mängel. Der Ausbau des Sowjetapparates in den Provinzen läßt noch viel zu wünschen übrig. Die Verbindung zwischen der Zentralregierung und den Gouvernements-, Kreis- und Bezirksbehörden ist noch nicht richtig durchgeführt und befestigt.

Was die Volkswirtschaft betrifft, so hat das Eisenbahnnetz der Ukraine eine Ausdehnung von 14 350 Werst. 1920 befanden sich nur 12 895 Werst im Betrieb. Jetzt steht das Bahnnetz in seiner gesamten Länge unter Verkehr. 1920 zählte man in der Ukraine 1 312 betriebstaugliche Lokomotiven, jetzt 1 548. Betriebstaugliche Waggons gab es 1920 67 824, jetzt sind es 79 876. Um das Bahnnetz wieder instand zu setzen, wurde eine kolossale Arbeit bewältigt.

Einen noch größeren Fortschritt sehen wir im Kohlenbergbau. In der Mitte des Jahres sank die Kohlenförderung infolge der Verpflegungskrise auf ein Minimum herab. Im Juli z. B. erreichte die Kohlenförderung nur 9 Millionen Pud. Im August beginnt der Aufstieg. Die Ausbeute steigt allmählich von 11 Millionen Pud im August auf 18 Millionen im September, 35 im Oktober, 43 im November, 48,5 im Dezember. Außerdem wurden auf den verpachteten Schächten im September 1 200 000, im Oktober 4 Millionen und im November 18 Mill. Pud Kohle gewonnen. In dem Maße, wie die Ernährung der Arbeiter sich besserte und die Kohlenförderung stieg, kam in das ganze Donezbecken neues Leben. Viele seiner Industriewerke stehen in vollem Betrieb. Die Arbeitsproduktivität hat sich erhöht. Im Trust „Südstahl" hat die durchschnittliche Leistung der Arbeit die Normen der Vorkriegszeit erreicht. Im Charkower Lokomotivwerk hat sie die Norm um 7 Prozent überschritten.

Was die Landwirtschaft betrifft, so wurde im Jahre 1920/21 dank den Bemühungen der Sowjetmacht die Anbaufläche von 16½ Millionen Deßjatinen mit Getreide und Futtermitteln bestellt. Im Jahre 1916 betrug die Anbaufläche 19 Millionen Deßjatinen. Man kann also zweifelfos von einem Erfolge der Sowjetmacht sprechen. Bei mittlerer Ernte hätte die Ukraine im vergangenen Jahre Ueberschüsse von 150 bis 200 Millionen Pud aufbringen können. Aber die anhaltende Dürre, die im März einsetzte und bis spät in den Herbst hinein dauerte, vernichtete nicht nur die Saaten, sondern hinderte in einer Reihe von Gouvernements die Herbstaussaat für das Jahr 1921/22. Das einzige Mittel, das übrig bleibt, um den Mangel an Weizen, Gerste und Hafer wettzumachen, ist die größtmöglichste Ausdehnung des Maisanbaues. Der Gedanke der Ausdehnung des Maisanbaues hat auch bei den Bauern im hungernden Gouvernement Anklang gefunden.

### Mit den ersten Transporten der Arbeiterhilfe nach Sowjet-Rußland.

Von Rene Lefeuvre.

Nun hat die Arbeiterhilfe bereits auch praktisch mit dem Hilfswerk in Sowjetrußland begonnen. Die ersten Transporte sind im Petograder Hafen bereits angekommen und die ersten 32 Waggons Nahrungsmittel und Materialien stehen auf dem Moskauer Bahnhof, um jetzt weitergeleitet zu werden. Die Verhandlungen mit dem Allrussischen Zentralhilfskomitee haben ergeben, daß das Hilfswerk im Gouvernement Kasan mit der Operationsbasis der Stadt Kasan begonnen werden wird.

Wie ein Wunder wächst vor den staunenden Augen westeuropäischer Proletarier die Organisation der Hilfe empor, die die Sowjetregierung unternommen hat. Das kann keine schwache Regierung sein, die im Kampfe gegen auswärtige Feinde, im Kampfe gegen Hunger und Gleichgültigkeit im eigenen Lande, im Kampfe um die Organisation der Staatsverwaltung noch die Kraft hat, ein solches Riesenwerk von Organisation in einem durch den Bürgerkrieg so verwüsteten und ruinierten Lande unter der von der internationalen Bourgeoisie so verleumdeten und besplienen Diktatur des Proletariats zu vollbringen. Die Märchen von der russischen Organisationsunfähigkeit verschwinden wie Spreu im Winde. Die in Moskau eintreffenden Waggons müssen innerhalb 12 Stunden umdirigiert sein. Sie müssen das Weichbild Moskaus in spätestens drei Tagen verlassen haben, sonst werden sie in Moskau ausgeladen. Die Transportzüge werden auf ihrem Wege nach dem Bestimmungsziel vor jedem anderen Zuge behandelt. Personen- und Schnellzüge müssen warten, damit der Hilfszug freie Passage erhält. Der Gedanke an Sabotage ist verschwunden; denn die Organisationsmaschine arbeitet so durchgreifend, daß der geringste Versuch dem Saboteur das Leben kosten würde. Die persönliche Verantwortung überträgt sich bis auf die untersten Stellen in der Transportverwaltung.

Und etwas anderes noch zeigt sich bei den ersten Eindrücken. Die Hilfsaktion der Bourgeoisie stand bisher mehr oder weniger nur auf dem Papier. Die Kommissionen sind gekommen mit ihrem Heer von Sekretären und Beamten. Sie haben alle möglichen Transportmittel requiriert und die ersten Lebensmittel ins Land gebracht, aber es zeigt sich, daß das alles zunächst für den eigenen Verwaltungsapparat bestimmt ist. Die wirklich durchgreifende Hilfe hat noch immer die Sowjetregierung selbst leisten müssen. Wer über russische Verhältnisse bisher gebottet hat, für den ist es jetzt höchste Zeit, umzulernen. Bewundernd stehen wir westeuropäischen Proletarier vor diesem Riesenwerk an Energie und Organisation. Wir erleben zum erstenmal den produktiven Solidaritätswillen der Klassenhilfe.

Aber auch wir vom Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden beginnen uns in die Front dieser Klassenhilfe einzuordnen. Wir haben die ersten Lebensmittel, die Materialien für die Aufstellung der Küchen, die Werkzeuge, den ersten Lastkraftwagen und die ersten Kleidungsstücke nach Sowjetrußland gebracht. Schon stehen einige 30 Waggons auf russischem Boden, weitere 56 Waggons werden in Petrograd

---

## Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

21) Uebersetzt von Adolf Heß.

Die Mutter sah, wie alle das Protokoll unterschrieben, ihre Erregung legte sich, ihr Mut sank, und in ihre Augen traten ohnmächtige Tränen der Schmach. Solche Tränen hatte sie während der zwanzig Jahre ihrer Ehe geweint, die letzten Jahre aber hatte sie ihren beißenden Geschmack vergessen. Der Offizier sah sie an und meinte mit verächtlichem Gesichtsausdruck:

„Sie brüllen zu früh, Madam! Passen Sie auf, später werden die Tränen vielleicht nicht reichen!"

Sie wurde wieder böse und sagte:

„Bei einer Mutter reichen die Tränen für alles, für alles! Wenn Sie eine Mutter haben — die wird das wissen, jawohl!"

Der Offizier legte die Papiere geschwind in ein neues Portefeuille mit klängendem Schloß.

„Was die sich alles herausnehmen!" wandte er sich an den Oberleutnant.

„Frechheit!" murmelte der.

„Marsch!" kommandierte der Hauptmann.

„Auf Wiedersehen, Andrej, auf Wiedersehen, Nikolai!" sagte Pawel warm und leise und drückte den Kameraden die Hand.

„Ganz richtig — auf Wiedersehen!" lachte der Hauptmann spöttisch.

Wlassowtschikow drückte mit seinen kurzen Fingern schweigend Pawels Hand und schnob laut. Sein dicker Hals war blutunterlaufen, seine Augen funkelten hart. Der Kleinrusse lächelte, schüttelte den Kopf und sagte der Mutter etwas; sie bekreuzigte ihn und antwortete:

„Gott sieht die Gerechten! . . . ."

Endlich schoben die Leute in grauen Mänteln in den Flur, stirnten dort eine Weile mit den Sporen und verschwanden. Als letzter ging Rybin hinaus; er maß Pawel mit einem aufmerksamen Blick und sagte nachdenklich:

„Nun . . . lebt wohl!"

Dann hustete er in seinen Bart und ging langsam hinaus.

Pawel schritt mit auf dem Rücken verschränkten Händen langsam im Zimmer auf und ab, wobei er über die Bücher und Wäsche, die auf dem Fußboden lagen, hinwegtrat, und sagte mürrisch:

„Siehst du, wie es gemacht wird? . . . Mich hat man hier gelassen."

Der Mutter schien es, als wenn in seinen Augen Tränen ständen; sie empfand seinen Schmerz, wollte ihn trösten und sagte mit einem Seufzer:

„Wart' nur . . . Sie werden auch dich holen."

„Das werden sie!" erwiderte er.

12

Am nächsten Tage wurde bekannt, daß Bulin, Samoilow und noch fünf andere verhaftet waren. Am Abend kam Fedja Mafin zu ihnen gelaufen — bei ihm hatte man ebenfalls Haussuchung gehalten. Das erfüllte ihn mit Befriedigung, er fühlte sich wie ein Held.

„Hast Angst gehabt, Fedja?" fragte die Mutter.

Er wurde etwas blaß, sein Gesicht wurde schärfer, die Nasenflügel zitterten.

„Ich war bange," erwiderte Fedja; „der Offizier würde schlagen! Dieser dicke Schwarzbart mit haarigen Fingern und einem schwarzen Kneifer auf der Nase sieht aus, als hätte er keine Augen. Hat geschrien und mit den Füßen gestampft! Ich lasse dich im Gefängnis verfaulen, sagt er . . . Mich hat aber nie jemand geschlagen, weder Vater noch Mutter, weil ich der einzige Sohn bin. Sie haben mich lieb gehabt. Ueberall werden die Menschen geprügelt, mich aber hat man nie geschlagen . . ."

Er schloß eine Weile die Augen, preßte die Lippen zusammen, wurde mit einer geschickten Handbewegung sein Haar, blickte Pawel mit geröteten Augen an und sagte:

„Wenn man mich jemals schlägt — so fresse ich mich wie ein Messer in den Menschen ein . . . zerbeiße ihn mit den Zähnen . . . Dann soll man mich schon lieber ganz totschlagen! . . ."

Seine Worte flossen gewichtig, aber ungezwungen dahin, und es klang ein Ton aus seiner Rede, der Zutrauen zu diesem Mann einflößte. „Ja. Alle reden über dich. Meine Wirtsleute nennen dich einen Ketzer. Du gehst nicht zur Kirche. Ich gehe auch nicht hin. Dann kamen die Papiere, — diese Flugblätter . . . Hast du die zustande gebracht?"

„Ja!" erwiderte Pawel, ohne den Blick von Rybins Gesicht abzuwenden. Der sah ihm ebenfalls fest in die Augen.

„Was sagst du!" rief die Mutter unruhig aus der Küche hereinnickend. „Du doch nicht allein . . ."

Pawel lächelte. Rybin ebenfalls.

„So!" sagte er.

Die Mutter zog laut die Luft durch die Nase ein und ging hinaus, etwas beleidigt darüber, daß sie ihre Worte nicht beachteten.

„Die Flugblätter sind fein gemacht . . . Sie beunruhigen die Leute. . . . Waren es neunzehn?"

„Ja!" erwiderte Pawel.

„Dann habe ich alle gelesen! Ja. Einiges darin ist unverständlich und überflüssig . . . Nur, wenn jemand viel redet, kommt es ihm auf ein Dutzend Worte nicht an . . ."

Rybin lächelte, er hatte weiße, starke Zähne.

„Dann die Haussuchung. Das hat mich am meisten für euch eingenommen . . . Du, der Kleinrusse und Nikolai, alle habt ihr euch gezeigt . . ."

Er fand nicht das richtige Wort, schwieg, blickte zum Fenster hinaus und trommelte mit den Fingern auf dem Tisch.

„Habt gezeigt, was ihr wollt. Ja, was du als Herr nicht lassen kannst, wir Arbeiter tun schon das Unserige . . ." Der Kleinrusse ist auch ein braver Bursche. Manchmal höre ich, wie er in der Fabrik redet, und denke, den kriegt niemand klein, den bezwingt nur der Tod. Ein sehniger Bursche! Glaubst du mir, Pawel?"

„Ja!" sagte Pawel lächelnd.

(Fortsetzung folgt.)

gegenwärtig ausgeladen. Die Hilfe beginnt. Wie wir es im imperialistischen Kriege gelernt haben, werden wir die Verpflegung organisieren, mit den eigenen Händen und der eigenen Arbeit helfen im Transport, in der Aufspeicherung, in den Mühlen und Bäckereien, in der Zubereitung der Speisen und in der Ausgabe. Die Hilfsarmee der internationalen Arbeiterklasse ist im Vormarsch. Ihre Spitze reicht heute bereits bis Kasan.

Sammelt, Genossen! Sorgt dafür, daß der Nachschub funktioniert, daß wir den russischen Genossen zeigen, daß wir Schulter an Schulter mit ihnen den Kampf gegen den Hunger aufnehmen wollen. Dieser Kampf wird Sowjetrußland den Weg frei machen, die Diktatur des Proletariats auch zum wirtschaftlichen Siege zu führen. Ihre erste Auswirkung wird eine Stärkung unserer Position im Kampf gegen unsere Unterdrücker im eigenen Lande sein. Nur die Arbeiterhilfe wird wirklich durchgreifend und zielbewußt Hilfe leisten; sie wird den charitativen Hilfsorganisationen der Bourgeoisie zeigen, wie echte menschliche Solidarität, wirkliche Brüderlichkeit aussieht.

# Gewerkschafts-Bewegung.

## Zum Streik der Eisenbahner.

Aus Nieder-Salzbrunn wird uns geschrieben:

Am Sonnabend, den 4. Februar, hielten die im Streik befindlichen Eisenbahner der hiesigen Station eine sehr gut besuchte Versammlung ab, zu der auch der hiesige Berichterstatter unserer Zeitung geladen war, um auch der „Schlesischen Arbeiter-Ztg." einen Situationsbericht zu geben und um Aufklärung in der Industriearbeiterschaft zu schaffen gegenüber den entstellten und lügenhaften Berichten der rechtsstehenden Zeitungen. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe der RGDE. gab an der Hand der aus der Umgegend eingetroffenen Nachrichten einen ausführlichen Bericht. Auch an das hiesige Arbeiterblatt, die Schles. Bergwacht habe man einen Situationsbericht gesandt. Leider habe man aber bis jetzt in den Spalten der Bergwacht noch keine Zeile dieses Berichtes gefunden. (Was nach der einseitigen Stellungnahme der Bergwacht auch nicht zu verwundern ist.)

Zum Stand der Streikbewegung führt der Vorsitzende aus, daß in Königszelt der Zusammenschluß der Eisenbahner für den Streik gut ist, Abtrünnige haben sich wieder zur Sache der Streikenden zurückgefunden. Die Technische Nothilfe, die dort eingesetzt wurde, habe dort schon eine ganze Anzahl Maschinen kaput gefahren. In Altwasser hätten sich wohl auch etliche Streikbrecher gefunden, die aber für den Streik von keiner Bedeutung seien. In Dittersbach sei die Stimmung der Eisenbahner sehr gut und sorgt die dortige Streikleitung dafür, daß Technische Nothilfe nicht auf den Bahnhof kommt. Arbeitswillige, die sich angeboten haben, sind aber zurückgewiesen worden, weil sie gänzlich für jeden Dienst untauglich waren. Einem Aushilfsschreiber der Bahnmeisterei in Dittersbach ist zugemutet worden, sich einen Dienstmantel anzuziehen und einen Personenzug nach Glatz zu fahren. Der Betreffende hat es aber abgelehnt, da er keinerlei Kenntnis hat und sich selbst keiner Gefahr aussetzen wollte. Auch in den Orten Hirschberg und Lauban ist der Stand der Streikbewegung ein guter, trotzdem sich einige Streikbrecher aus den Reihen der Kollegen gefunden haben. Diesen Bericht aus den einzelnen Orten ergänzten noch einige der Anwesenden und forderten die Kollegen auf, sich nicht durch lügenhafte Pressemeldungen irre führen zu lassen, sondern treu zur Sache zu halten. Einer der Kollegen las den Anwesenden die Stellungnahme der Schlesischen Bergwacht zum Streike vor und kritisierte scharf deren Stellungnahme. Als Gegenstück wurde von demselben die Stellungnahme der Schlesischen Arbeiterzeitung zum Streik der Eisenbahner verlesen, die den ungeteilten Beifall der Anwesenden fand. Es wurde den Kollegen anheimgegeben, aus der Stellungnahme der beiden Zeitungen zu dem Streik die Konsequenzen zu ziehen und für die Zukunft darnach zu handeln. Von einem Redner wurde geäußert, daß in Arbeiterkreisen eine schlechte Stimmung gegen die Streikenden Platz greife, weil keine Lebensmittelzüge gefahren würden, demgegenüber wurde betont, daß dieses nicht an den streikenden Eisenbahnern läge, sondern an der Regierung, die den Streikenden jedes Betreten der Bahnhöfe strikt verbiete und die Streikenden durch die auf jedem Bahnhof stationierte Sipo sofort herunterweisen lasse. Die Regierung lasse deshalb keine Lebensmittelzüge oder nicht genügend fahren, um die Arbeiterschaft gegen die Streikenden aufzuhetzen. Wenn aber Aufklärung darüber in der Presse geschaffen wird, wird die Arbeiterschaft sich nie dazu hergeben, den um ihre Existenz kämpfenden Eisenbahnern feindlich gegenüberzustehen. Als weiterer Diskussionsredner kam noch der Vertreter des DEV. zum Wort, der den Versuch machte, die Stellungnahme seiner Organisation zum Streik zu rechtfertigen und meinte, der Vorstand des DEV. gebe seine Einwilligung nicht, daß sich die Mitglieder der DEV. an dem Streik beteiligen, aber es solle strenge Neutralität geübt werden. Zum Schluß seiner konfusen Ausführungen versuchte der Redner noch eine recht klägliche Attacke gegen die Kommunistische Partei zu reiten. Wir wollen es uns hier versagen, auf all das angeeimte Zeug einzugehen. Aber gemerkt wird dieser Vertreter des DEV. in der Versammlung wohl haben, daß er mit seinem Gerede keinen Beifall geerntet hat.

Von sämtlichen Rednern aus den Reihen der streikenden Eisenbahner wurde es gerügt, daß gerade die Bergwacht, die doch ein Arbeiterblatt sein wolle, in jeder Nummer eine feindliche Stellung gegenüber dem Streik der Eisenbahner einnähme im Gegensatz zur Schlesischen Arbeiterzeitung, die voll und ganz und ohne Wenn und Aber die Notlage der Eisenbahner anerkenne und für die gestellten minimalen Forderungen eintrete. Der Vorsitzende gab zum Schluß der Versammlung noch einmal zusammenfassend einen Ueberblick über den Stand der Streikbewegung im Bezirk und ermahnte die Anwesenden sich durch keine irreführende Alarmnachricht wankelmütig machen zu lassen, sondern zur Sache zu stehen bis zum siegreichen Ende. Der anwesende Berichterstatter der Schlesischen Arbeiterzeitung wurde ersucht, den hier abgedruckten Aufruf der Streikleitung mit einem Bericht seiner Zeitung übermitteln zu wollen. A.

*

Durch die Aussprache mit dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells haben die Streikenden voll und ganz erfaßt, wo ihr Platz für die Zukunft sein muß. Wir werden einmütig dahin wirken, um Anschluß an die freien Gewerkschaften mit dem DEV. zu erhalten. Wir sind uns bewußt, nur ein geschlossenes Ganze führt zum Siege. Werktätiges Volk, richte Deinen Blick zu dem erbitterten Kampf, der durch Orgeschbanditen vereitelt werden soll. Die voll und ganz gerechten Forderungen der unteren Beamtengruppen, sowie die Durchbrechung des Achtstundentages soll durch Teilnahme des Orgeschführers Mäller und seines Spießgesellen Macondes, die sich zum Lokomotivheizerdienst gestellt, vereitelt werden. An alle organisierten Arbeiter und Angestellte geht die Frage, wollt ihr zugeben, daß die Technische Nothilfe, die sich vorwiegend aus Orgeschgesellen zusammensetzt und jährlich Millionen verschlingt, eine gerechte Forderung der kämpfenden Arbeiter und Angestellten mit Gewalt unterbinden soll? Nein und nimmermehr, soll die geschlossene Antwort sein. Wir halten einer wahren Republik Treue, aber wir bekämpfen aufs schärfste das noch heute voll und ganz bestehende Geheimratssystem der Reaktion. Verliert die mit Recht im Streik befindliche Eisenbahnerschaft den uns nur übrig gebliebenen Achtstundentag, dann wehe dir, werktätiges Volk. Auch die letzte der sogenannten Errungenschaften der Revolution ist dir geraubt. Arbeitendes Volk, aus diesen Gründen würdige den Streik und zeige Solidarität. Gleichzeitig warnen wir das Publikum, ihr Leben und Gesundheit durch Fahren auf der Eisenbahn während des Streikes nicht Orgeschgesellen anzuvertrauen, die nicht im entferntesten eine Verantwortung für das reisende Publikum übernehmen können.

Die Streikleitung Nieder-Salzbrunn-Dittersbach.

# Lokales.

**SPD. Breslau. Am Freitag abend finden in allen Distrikten wichtige Mitgliederversammlungen statt.**

**Die Ortsleitung.**

## Sorgen.

### Zwei Bilder.

Zwei Damen sitzen in der Bahn, Strecke Breslau-Hirschberg. Beide sehen beruhigend aus und doch belasten ihre Herzen schwere Sorgen. „Denken Sie nur," meint die Erste, „alle Damen der Gesellschaft tragen jetzt auf Skitouren nur sehr Norweger Kostüme. Wenn ich mich unter sie getrauen soll, muß ich mir auch einen echt Norweger Anzug machen lassen." „Ach, lassen Sie sich denselben nur ruhig machen," antwortete die Zweite, „er steht doch zu einer großen Figur totschick! Wissen Sie, ich muß mir auch ein neues Ballkleid nähen lassen, nachdem ich das schwarze Tüllkleid schon auf zwei Bällen getragen habe. Jetzt kennt es beinahe jeder aus der guten Warmsdorfer Gesellschaft." Darauf wieder die Erste: „Mich freut heuer der ganze Ballbesuch nicht. Waren wir da unlängst bei einer Veranstaltung und denken Sie sich, als wir mit einigen Bekannten anfangen wollten, Shimmy zu tanzen, kam ein Herr auf uns zu und sagte uns, es seien nur deutsche Tänze gestattet." „Schrecklich," seufzte die Zweite.

*

Sie war zu Ende mit ihrer Kunst — die arme Näherin. Das Leben war ihr immer reizlos geblieben. Aber seit ihr Mann im Kriege blieb und sie mit drei Kindern zurückließ, wurde es ihr täglich qualvoller und unerträglicher. Der Tod saß ihr in der Lunge und der Hunger stelzte immer öfter am Fenster vorbei und wurde fortwährend dreister. Mit aller Macht stemmte sich das Weib gegen ihn — aber immer schwächer wurde ihr Widerstand. Und als ihre Kinder krank wurden, infolge der mangelhaften Ernährung, stand ihr Entschluß fest. Sie wird ein Ende machen.

Am andern Morgen meldete der Polizeibericht . . . Gasvergiftung . . . Frau mit 3 Kindern . . . Lebensüberdruß . . .

## Erwerbslosenversammlung.

**Die Breslauer Arbeitslosen halten am Freitag, den 10. Februar vorm. 9 Uhr eine Versammlung im Schießwerder ab. Alle arbeitslosen Genossen und Genossinnen müssen in diese Versammlung gehen.**

## Ein weiblicher Hauspascha.

Eine recht ungemütliche Hauswirtin ist Frau Riedel, Neue Weltgasse 14. Sie ist sehr sparsam mit dem Wasser und hält es für genügend, das Leitungswasser früh 10 Minuten laufen zu lassen, um es für die ganze übrige Zeit abzusperren. Aller Protest gegen diese willkürliche Maßnahme nützt nicht. Die Bewohner des Hauses sind gezwungen, das Wasser mitunter aus anderen Häusern zu holen. Den Familien mit kleinen Kindern ist es seit Tagen unmöglich, die Kinder zu baden.

Die Hauswirtin, die oft Differenzen mit dem Wohnungskommissar hat, müßte behördlicherseits gezwungen werden, am Tage mehrere Stunden das Wasser laufen zu lassen. Man muß sich nur wundern, welche Engelsgeduld die Bewohner des Hauses haben.

**Alle Genossen und Genossinnen vom Distrikt 12 haben am Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr, den Distriktabend zu besuchen. Referent ist anwesend. Lokal Anderssenstr. 30.**

Ortsgruppen und Vertrauenslente,

welche die Liebknecht-Zeitungen noch nicht abgerechnet haben, müssen dieselben bis zum 15. Februar d. J. abrechnen.

Expedition der „Schles. Arbeiter-Zeitung". Müller.

## Volkstümliches Schwimmfest.

Der Schwimmverein Poseidon veranstaltet, wie auch aus einem Inserat ersichtlich ist, am Sonnabend und Sonntag im Hallenschwimmbad ein volkstümliches Schwimmfest.

Landeshut.

## Zur Beachtung!

**Allen Genossen zur Kenntnis, daß von nun an Bestellungen auf die „Schlesische Arbeiterzeitung", sowie sonstige kommunistische Literatur, sowie Beschwerden über unregelmäßige Zustellung an nachfolgende Genossen zu richten sind: Für die Niederstadt G. Müller, Waldenburger Str. 33, 2 Tr., für die Oberstadt Ferdinand Böhm, Schießhausstr. 6, 1. Tr., und Leppersdorf Wilhelm Pfitzner, Rosenstr. (Konsum). Vorgenannte Personen nehmen auch Beitrittserklärungen zur Produktivgenossenschaft für Schlesien an. (Ausschneiden und Aufbewahren!)**

**Besucht die Diskussionsabende.**

**Allen sich weiterbilden wollenden Genossen werden die jeden Dienstag abends 8 Uhr, im Gasthof „Alte Mühle, stattfindenden Diskussionsabende zum Besuch empfohlen. Die Ortsleitung.**

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Bischoher.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Pfiffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

# Geht für die „Rote Hilfe".

Tonkunstlerhaus
Heute und täglich 7½ Uhr:
Die Straßensängerin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Förster-Christel.

Achtung! Wo?
kauft man reine und gebrauchte NÄHEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge
Junkernstr. 11, nur 1 Tg.

Zahle für alle
Altmetalle
Höchstpreise.
Otto, Schlettenstraße 1.

Genossen!
Kauft nur bei unseren Inserenten.

Schwimmverein Poseidon-Breslau E.V.
Angeschl. dem Arbeiter-Turner- u. Sportbund.
Sonnabend, den 11. Februar, abends 8½ Uhr
Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr
Volkstümliches Schwimmfest
im Breslauer Volkerschwimmbad, Zedlitzstr.
Programme zum Eintritt: Sonnabend, 4 u. 6 Mk. Sonntag, 6 u. 8 Mk.

Möbel liefert billigst
Gen. Wenzel, Tischlermeister
Lehmwasser, Kreis Waldenburg.

Stanowitz.
Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Am Sonntag, den 12. Februar, nachm. 2½ Uhr:
Große öffentl. Volksversammlung
im Gasthof Kiepke, Stanowitz.
Thema: Der Klassenstaat am Proletariat.
Die gegenwärtige Situation erfordert das Erscheinen Aller.

Soeben erschienen
BIBLIOTHEK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
Nr. 23
Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale
(Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921)
1056 Seiten / Mit einem Sach- und Namenregister
Preis ..... brosch. Mk. 90.—, geb. Mk. 115.—
Organisationsausgabe brosch. Mk. 30.—, geb. Mk. 70.—
Nr. 22
Protokoll des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale
(Petrograd 19. Juli / Moskau 23. Juli bis 7. August 1920)
798 Seiten / Alphabetisches Verzeichnis der Redner
Preis ..... broschiert Mk. 40.—, geb. Mk. 60.—
Organisationsausg. broschiert Mk. 22.50, geb. Mk. 40.—
(Für ab 1. Januar 1922 gebunden Bestellung ist eingestellt)
Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cronbach, Hamburg
alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

K P D
Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung für Schlesien: Büro und Kasse Breslau, Nikolaistraße 40/30. Fernsprecher Ring Nr. 5837. Adresse: Alfred Geßner, Breslau 1, Nikolaistraße 40/30. Postscheckkonto Breslau 38364, Alfred Geßner.
Versammlungen:
Unterbezirk Breslau: Büro: Breslau, Nikolaistraße 40/30. Karl Gröl
Kommunistischer Jugend.
Donnerstag, den 9. Februar, Kurs- und Geländespiel in der Turnhalle Anderssenstraße. 6—7 Uhr für die Kindergruppe, ab 7 Uhr für die Jugend.
Unterbezirk Waldenburg: Büro: Gottesberg, Schützenkam. 5, Wolter.
Dittersbach. Sonntag, den 12. Februar, abends 6 Uhr, in der „Friedenseiche", Mitglieder-Versammlung. Referent ist anwesend, deshalb muß vollzähliges Erscheinen erwartet. Auch die Frauen und Jugendlichen sind eingeladen.
Weißstein. Donnerstag, den 9. Februar.
Wüstebriand. Freitag, den 10. Februar.
Hüttenberg. Sonnabend, den 11. Februar.
Thema in diesen Versammlungen:
1. Die politische Lage. 2. Die Rolle der Partei in der sozialen Revolution. Referent Genosse Geßner-Breslau. Alle Genossen müssen anwesend sein. Die Abonnenten der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", sowie alle mit Gegenpolitikern hat hierzu eingeladen. Beginn abends 7 Uhr.
Neudorf. Sonnabend, den 11. Februar, abends 7½ Uhr im Vereinshaus, Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen aller Genossen, Genossinnen und Gewerkschaftler ist erforderlich.
Stanowitz. Arbeiter, Angestellte, Beamte! Am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 2½ Uhr, große öffentliche Volksversammlung im Gasthof Kiepke, Stanowitz.
Striegau. Sonntag, den 12. Februar, findet im Gasthof im Gasthof Mühle, Mitglieder-Versammlung statt. Alle Genossen von Gasthof, Groß und Striegau müssen am zahlreichen Erscheinen sein; es soll über Gegenwart und Gasthof gesprochen werden. Genosse Müller referiert über „Politik und Wirtschaftskrise".